

Grundsatzprogramm der Christlich Sozialen Union



CSU

Über drei Jahre hat die Partei in all ihren Gliederungen an der Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms mitgewirkt. Der Entwurf wurde in den Gremien der Christlich Sozialen Union diskutiert, über 400 Anträge wurden zum Parteitag im März 1976 gestellt, bevor die Delegierten das 4. Grundsatzprogramm der Christlich Sozialen Union einstimmig verabschiedeten.

Im Mittelpunkt unseres politischen Denkens steht der Mensch und seine Freiheit. Wir bekennen uns zum Vorrang der Person vor der Institution, zur Überlegenheit der freien Entscheidung gegenüber der staatlichen Lenkung, zur Unantastbarkeit der auch in den Schwachen und Hilflösen zu achtenden Menschenwürde, zum Recht jedes einzelnen auf Anerkennung, Bestätigung und Förderung, zum unersetzlichen Wert aller menschlichen Aktivitäten.

Die Demokratie braucht den freien, selbstverantwortlichen Bürger, nicht den Sozialuntertan. Genosse, Klassenfeind und Propagandist sind Begriffe von gestern, der Sozialismus eine Bewegung der Vergangenheit, unfähig Gegenwart und Zukunft zu meistern. Das sittliche Prinzip der Freiheit beruht auf der Wechselwirkung zwischen der Ordnung die die Menschen trägt und den Menschen, die die Ordnung tragen. Zur Freiheit gehört die Entschlossenheit, sie zu verteidigen. Ein schwacher Staat ist das Gegenteil eines liberalen Staates. Unser Jazur Freiheit ist ein Bekenntnis zur Person, zu einer offenen Gesellschaft, zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Die Christlich Soziale Union hatte keine Veranlassung zu einer umfassenden Neubestimmung. Sie bekennt sich unverändert zu einer nach der christlichen Wertordnung ausgerichteten Politik und bekämpft unbrauchbare Ideologien und den Ideologienwahn; er mag auftreten in welchem Gewand auch immer. Auf der Grundlage eines gemeinschaftlichen Menschen- und Weltbildes führt die Christlich Soziale Union die offene Diskussion um Grundlinien und Ziele politischen Denkens und Handelns. Aufgabe des Grundsatzprogramms ist es, den Menschen Überlegungen an die Hand zu geben, damit sie die Ordnung der Dinge erkennen und das eigene politische Handeln daran ausrichten können. Die Christlich

Soziale Union ist entschlossen, diese Grundsätze in einer kämpferischen Auseinandersetzung zu vertreten. Letztlich entscheidet die geistige Existenz gegenüber machtpolitischen Interessen.

Das Programm dient der Festlegung unserer Verantwortung. Es steht und fällt mit den Menschen, die sich zu ihren Grundsätzen bekennen, in jeder Lebenslage und im Ablauf aller gesellschaftlichen Ereignisse.



Dr. h. c. Franz Josef Strauß
Vorsitzender der
Christlich Sozialen Union

11	Selbstverständnis und Auftrag	
	Die Chance der Freiheit	
13	Wandel der Gesellschaft – Herausforderung für die CSU	
14	Freiheit und Entfaltung des einzelnen	
14	Chancengerechtigkeit und humanes Leistungsprinzip	
15	Gesellschaft freier Bürger	
16	Politik aus christlicher Tradition	
	Auftrag und Ordnung des demokratischen Rechtsstaates	
17	Staat als Rechts- und Friedensgemeinschaft	
17	Freiheit der Persönlichkeitsentfaltung	
18	Staat – Hilfe zur Selbsthilfe	
18	Förderung des einzelnen Bürgers	
19	Begrenzung der organisierten Interessen	
20	Auftrag zur politischen Führung	
20	Freiheit und Vielfalt der Informationen	
21	Pflicht des Sozialstaates	
21	Wehrhafte Demokratie – Garant für Frieden und Freiheit	
	Weniger Staat – Mehr Freiheit	
25	Der handlungsfähige Staat	
25	Förderung von Entstaatlichung	
26	Vereinfachung der Verwaltung	
26	Selbstverwaltung aus Selbstverantwortung	
27	Freiheit durch Föderalismus	
	Bildung, Wissenschaft, Kultur – Grundlagen persönlicher Entfaltung und der Zukunft unseres Volkes	
29	Bildung, Wissenschaft und Kultur – zentrale Bereiche der freiheitlichen Politik der CSU	
30	Bildung – Grundlage persönlicher Freiheit und sozialen Ausgleichs	
30	Öffentliche Bildungsangebote und Leistungsbereitschaft des einzelnen	
31	Vielfältigkeit des Bildungsangebots und Beschäftigungssystems	
32	Berufliche und allgemeine Bildung – eigenständig und gleichwertig	
33	Erziehung nach Verfassungswerten	
34	Bildungsinhalte – Ausfluß einer plural verfaßten Gesellschaft	
34	Erwachsenenbildung und Büchereiwesen ohne staatliche Bevormundung	
35	Der Staat als Garant freier Initiativen im Bildungswesen	

36	Wissenschaft und Forschung – Voraussetzung für Selbstbehauptung und Fortentwicklung unserer Gesellschaft
36	Förderung der Kunst und Bewahrung des kulturellen Erbes
37	Der Sport – förderungswürdige Ergänzung von Erziehung und Bildung
	Soziale Marktwirtschaft – Ordnung ohne Alternative
39	Unteilbarkeit von persönlicher und wirtschaftlicher Freiheit
40	Sozialer Friede durch gesundes Wachstum
40	Freiheitliche Wettbewerbsordnung
41	Ausgewogene Strukturpolitik
42	Vorausschauende Energie- und Rohstoffpolitik
42	Marktwirtschaftliche Verkehrspolitik
43	Mittelschichtenpolitik als gesellschaftspolitische Strategie
44	Moderne Agrarpolitik für einen freien Bauernstand
45	Leistungsgerechte Steuer- und Finanzpolitik
	Personale Entfaltung und soziale Sicherheit in einer freien Gesellschaft
47	Grundprinzipien der Sozialpolitik
47	Gegliedertes System der sozialen Sicherung
47	Gesundheitspolitik für alle Bürger
49	Breite individuelle Vermögensbildung
49	Partnerschaftliche, funktionsgerechte Mitbestimmung
50	Verbesserung der Arbeitsbedingungen
50	Tarifautonomie gewerkschaftlicher Pluralität, Selbstverwaltung
51	Gleiche Rechte und Pflichten für ausländische Arbeitnehmer im Arbeitsleben
	Sozialpolitik für alle Bevölkerungsgruppen
53	Der einzelne und die Gemeinschaft
53	Lebensgemeinschaft Familie
54	Gleichberechtigung für die Frau
55	Die Interessen der jungen Generation
56	Der Beitrag der alten Menschen für die Gesellschaft
57	Integration der Behinderten in die Gesellschaft
57	Verpflichtung gegenüber sozialen Randgruppen
	Entwicklung des Lebensraumes – Menschliche Umwelt
59	Ordnung des Raumes
60	Ausgewogene Landesentwicklung
61	Menschengerechte Stadt
63	Vorausschauende Umweltpolitik

63	Neue Technologien
64	Freizeit und Erholung
	Freiheit für Deutschland und Europa
67	Gerechtigkeit und Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung, internationale Verantwortung
67	Die Bundesrepublik Deutschland im Ost-West-Konflikt und im Nord-Süd-Gegensatz
68	Das Gleichgewicht der Kräfte
69	Die politische Einigung des freien Europas
70	Freundschaft mit den USA und Stärkung der NATO
71	Verteidigungsbereitschaft, Abrüstung und Sicherheit
71	Ostpolitik im Dienst der Menschen
72	Das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung und die Bindungen zu Berlin
72	Das Recht auf Heimat und das Volksgruppenrecht
72	Weiterentwicklung einer freien Weltwirtschaftsordnung
73	Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung
73	Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik
75	Bilanz und Ausblick

Selbstverständnis und Auftrag

Die Christlich Soziale Union ist eine Partei, in der Bürger aller sozialen Schichten und gesellschaftlichen Gruppen zusammenarbeiten. Die Mitglieder der Christlich Sozialen Union sind sich ihrer Verantwortung für den Mitmenschen, die Gesellschaft und den demokratischen Staat bewußt.

Die Christlich Soziale Union sieht die Grundlage ihrer politischen Arbeit in einem Menschenbild, das von christlichen Wertvorstellungen geprägt ist. Die Christlich Soziale Union weiß sich der Geschichte und dem geistigen, kulturellen Erbe unseres ganzen Volkes verpflichtet. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit stellt sie sich den Aufgaben der Gegenwart. Sie erarbeitet Lösungen für die Fragen der Zukunft.

Die Christlich Soziale Union vertritt, aus Verantwortung gegenüber den einzelnen Menschen und gegenüber dem Staat und seinen Bürgern, die Rechte und Interessen des einzelnen und der verschiedenen sozialen Gruppen. Sie tritt für einen gerechten Ausgleich unter ihnen ein.

Die Christlich Soziale Union ist eine Volkspartei. Sie erfüllt als eigenständige politische Kraft ihren Auftrag in und für Bayern, für Deutschland, für Europa. Sie arbeitet für den Frieden in der Welt.

Die Christlich Soziale Union ist eine konservative Partei, weil sie sich einer dauerhaften Wertordnung verpflichtet weiß. Sie anerkennt Fortschritt auf der Basis des Bestehenden. Sie ist eine liberale Partei, weil sie für die Grundrechte des Bürgers und seiner Freiheit eintritt. Sie ist eine soziale Partei, weil sie sich für alle Menschen, besonders die schwächeren, einsetzt. Sie tritt für eine gerechte Gesellschaftsordnung ein.

Die Chance der Freiheit

Die Christlich Soziale Union sieht im Wandel der Gesellschaft und in der Auseinandersetzung mit den geistigen Strömungen der Zeit die Herausforderung und Chance für ihre freiheitliche Politik.

Die Christlich Soziale Union hat sich seit ihrer Gründung an die Spitze der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung gestellt. Der umfassende und tiefgreifende Wandel, das Ausmaß und die Geschwindigkeit dieser Entwicklung sind in der deutschen Geschichte ohne Beispiel. Die Christlich Soziale Union hat mit ihren ordnungspolitischen Vorstellungen diese Veränderungen der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur mitgestaltet. Die wirtschaftliche Dynamik wurde durch die Entscheidung für die freiheitliche Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft in Gang gesetzt und in die richtigen Bahnen gelenkt. Ein hohes Maß persönlicher Freiheit für den einzelnen wurde eingebunden in ein leistungsfähiges System sozialer Sicherheit. Eine 20jährige Periode politischer, wirtschaftlicher und sozialer Stabilität war die Folge.

Die Christlich Soziale Union setzte nicht einfach dort an, wo die Weimarer Republik geendet hatte. Die Partei stellte sich den Aufgaben der Nachkriegszeit und des Wiederaufbaus mit neuen Konzeptionen. Eine von der Christlich Sozialen Union entscheidend mildurchgesetzte freiheitliche und soziale Wirtschaftsordnung – im Gegensatz zu sozialistischen Zwangsplänen – lieferte den Rahmen, in dem der Wandel der Gesellschaft bewältigt werden konnte. Die gelungene Eingliederung von 11,7 Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen ist ein eindrucksvoller Beweis für die Beweglichkeit und Leistungsfähigkeit dieser Ordnung.

Die von der Sozialen Marktwirtschaft geweckten und geordneten Kräfte wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Dynamik führten zu einer weitreichenden Veränderung der beruflichen und sozialen Strukturen. Die sozialen Unterschiede wurden weitgehend abgebaut, die Klassenunterschiede außerhalb jedes Klassensystems beseitigt. Dem Arbeitnehmer vor allem wurde ein wirtschaftlicher und sozialer Aufstieg ohne Beispiel ermöglicht. Während andere von Klassenkampf redeten und reden, hat die Christlich Soziale Union durch politische Arbeit dazu beigetragen, eine Gesellschaft freier und gleichberechtigter Bürger zu schaffen.

Durch die gesellschaftliche Entwicklung sind – nachdem die Gesellschaft ihre alte Stabilität verloren hat – schwerwiegende Probleme entstanden. In einem fortwährenden Veränderungsprozeß muß der einzelne, auf sich allein gestellt, sich immer schneller anpassen.

Vereinsamung und ein Verlust an Gemeinsinn gefährden den Menschen. Deshalb dürfen politische Zielsetzungen nicht allein an wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten gemessen werden. Ideale Werte sind mitzubeachten und in den Vordergrund zu rücken.

Wandel der Gesellschaft – Herausforderung für die CSU

Freiheit
und Entfaltung
des einzelnen

Die Christlich Soziale Union stellt durch eine an christlichen Wertvorstellungen ausgerichtete Politik sicher, daß der einzelne die neuen und großen Möglichkeiten der Freiheit und der Entfaltung ausschöpfen kann, die sich aus dem Wandel der Gesellschaft und der Veränderung sozialer Strukturen ergeben.

Statt über negative Begleiterscheinungen der modernen Industriegesellschaft zu klagen, setzt sich die Christlich Soziale Union dafür ein, dem einzelnen Bürger die mit ihr gegebenen Chancen zu individuell verantworteter Lebensgestaltung nutzbar zu machen. Anstelle eines blinden Fortschrittsglaubens, der nur die Bewegung, nicht aber das Ziel sieht, betreibt die Christlich Soziale Union eine aktive Gesellschaftspolitik. Gerade nach der Auflockerung früherer Strukturen bietet die Industriegesellschaft durch bessere Bildungs- und Informationsmöglichkeiten, durch eine Vielfalt von Betätigungsmöglichkeiten und durch ein Netz sozialer Sicherheiten Voraussetzungen für eine Politik, die sich am Ideal der Selbst- und Mitverantwortung orientiert. Die Christlich Soziale Union nützt und fördert bewußt die Chancen des gesellschaftlichen Wandels; sie überläßt ihn nicht der Herrschaft anonymen Bürokraten und Apparate.

Chancengerechtigkeit
und humanes
Leistungsprinzip

Die bewußt gesellschaftsgestaltende Politik der Christlich Sozialen Union gibt der Selbst- und Mitverantwortung der Bürger Raum und ermöglicht den Wandel der Gesellschaft in freihheitlichen Bahnen. Deshalb bekennt sie sich zur Chancengerechtigkeit und zu einem humanen Leistungsprinzip als Grundvoraussetzung zur Selbstverwirklichung des einzelnen. Sie schützt die Entfaltungsmöglichkeiten des einzelnen gegenüber der Macht und dem Machtanspruch gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen.

Die Christlich Soziale Union lehnt das Schlagwort vom „Ende der Politik“ in der modernen Industriegesellschaft ab. Das Schlagwort behauptet, daß Zwänge technischer und wirtschaftlicher Art unausweichlich in den bürokratischen Sozialismus münden müßten.

Die Gesellschaftspolitik der Christlich Sozialen Union orientiert sich am Leitbild des verantwortlichen Bürgers und wendet sich gegen jede Vorstellung eines in der Abhängigkeit einer sozialistischen Funktionalsherrschaft gehaltenen Sozialuntertanen. Eine auf die Bewahrung und Erweiterung des persönlichen Freierraumes gerichtete Politik muß die jeweiligen Gegebenheiten unvoreingenommen und unbefangenen von ideologischen Blickverengungen zur Kenntnis nehmen. In diesem Punkt wird der Nachteil sozialistischer Theorien einerseits und solcher Auffassungen von Liberalismus andererseits sichtbar, die in jeder Schwächung des Staates einen Freiheitsgewinn für den Bürger sehen. Im Gegensatz zum Sozialismus, der als Antwort auf die Fragen unserer Gesellschaft nur immer neue Großorganisationen, Bürokratien und Funktionsapparate bereithält, geht es der Christlich Sozialen Union darum, die Interessen des

nichtorganisierten einzelnen Bürgers gegenüber der Übermacht der Organisationen zur Geltung zu bringen.

Eine auf christliche Wertvorstellungen gegründete Politik entspricht in besonderer Weise den Erfordernissen einer Gesellschaft freier Bürger. Sie ermöglicht es, Entscheidungsgewalt nach bestem Wissen in Achtung vor der Würde und dem Recht des Menschen sachgerecht zu treffen.

Die Christlich Soziale Union versteht den Menschen weder als ein vergesellschaftetes noch als ein von menschlichen Gemeinschaften und Politik unabhängiges Wesen. Dieses Verständnis ist als einziges Motiv politischen Handelns fähig, Politik und ihre Grenzen aus demselben Prinzip zu begründen, nämlich aus der Verantwortung vor Gott und der sich daraus ergebenden Achtung vor der Würde des Menschen. Auf dieser Grundlage ist die Christlich Soziale Union nach den Erfahrungen der Unrechtherrschaft gegründet worden. Ihre Gründer wollten nicht einfach dort anknüpfen, wo 1933 die Tradition der demokratischen Parteien abgerissen war. Die Christlich Soziale Union hält an dem Ziel einer an christlichen Wertvorstellungen orientierten Politik fest und bestimmt von daher die Leitlinien ihres Handelns. Da die Christlich Soziale Union weder die individuelle noch die soziale Natur des Menschen vernachlässigt, kann sie persönliche Freiheit und Solidarität als gegenseitig sich ergänzende und begrenzende Prinzipien menschlichen Handelns gleichermaßen zur Geltung bringen.

Der christlichen Sicht der Politik entspricht die Erkenntnis und das Eingeständnis, daß aus der christlichen Grundlage kein politischer Absolutheitsanspruch hergeleitet werden kann. Die Christlich Soziale Union hält es für möglich, daß man auch außerhalb des christlichen Glaubens zu diesen politischen Vorstellungen kommen kann. Die Christlich Soziale Union sieht daher auch Nichtchristen offen.

Die Christlich Soziale Union versteht sich nicht als politischer Arm der Kirchen. Sie tritt für die weltanschauliche Neutralität des Staates ein. Sie geht davon aus, daß Staat und Parteien den besonderen Auftrag der Kirchen nicht übernehmen können. Sie weiß, daß eine freihheitliche und gerechte Ordnung des menschlichen Zusammenlebens, die in den Grundrechten der Menschen und den sich daraus ergebenden Pflichten festgelegt sind. Sie entziehen sich – selbst in einer Demokratie – der Entscheidung auf dem Weg der Abstimmung.

Die Christlich Soziale Union ist sich jedoch der überragenden Bedeutung der Kirchen für die geistige und gesellschaftliche Entwicklung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft bewußt. Sie strebt deshalb keine Änderung des Verhältnisses von Kirche und Staat an.

Gesellschaft
freier Bürger

Politik
aus christlicher
Tradition

Die Christlich Soziale Union ist den Werten der christlichen Tradition verpflichtet. Sie sieht die unantastbare Würde der menschlichen Person und die soziale Verpflichtung zum Aufbau einer humanen Gesellschaftsordnung in einem letzten, jenseitigen Ziel begründet.

Es ist das erklärte Ziel der Politik der Christlichen Sozialen Union, in gemeinsamer Anstrengung aller Menschen guten Willens eine, das Glück des einzelnen wie der Gemeinschaft ermöglichende Lebensordnung heraufzuführen. Diese Lebensordnung muß als eine auf Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gegründete Friedensordnung begriffen werden. Die staatliche Ordnungsmacht kann dafür nur die äußeren Bedingungen schaffen. Dazu gehört der Schutz vor militärischer, politischer und krimineller Gewalt, die Sicherung des wirtschaftlichen Wohlergehens sowie die Erhaltung der elementaren Lebensgüter, der Menschenwürde, des Rechts, der Freiheit und des Eigentums.

Das Christentum hat alle irdischen Ordnungen am Maßstab seiner Werte gemessen. Für die Christlich Soziale Union ist der Staat daher nicht letzte und höchste Ordnung. Sie erkennt und anerkennt gegenüber einer jenseitigen Erwartung das Ungenügen jeder Politik. Gegenüber dem herrschenden Sog zur völligen Politisierung aller Bereiche setzt sich die Partei daher für die Wahrung eines freien Raumes ein, in dem das vielfach gefährdete und belastete Zusammenleben ein menschliches Gesicht gewinnt.

Im Blick auf dieses Ziel bemüht sich die Christlich Soziale Union darum, den Bürgern unseres Landes das Bewußtsein zu vermitteln, daß ein jeder gebraucht wird, daß es entscheidend auf seine Mitwirkung und Initiative ankommt, daß keiner hilflos sich selbst überlassen bleiben darf.

Auftrag und Ordnung des demokratischen Rechtsstaates

Für die Christlich Soziale Union ist der Staat die zur Lösung gemeinsamer Probleme und zur Sicherung der Rechts- und Friedensgemeinschaft geschaffene Institution freier und verantwortlicher Bürger. Grundlage dafür ist die Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Solidarität und Subsidiarität sind die Ordnungsprinzipien für den demokratischen Rechts- und Sozialstaat genauso wie für eine offene Gesellschaft. Die individuelle Selbstentfaltung des Bürgers und die Geltung der Grundrechte sind unantastbar. Nur ein starker Staat, rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichtet und mit Autorität ausgestattet, besitzt die notwendige Handlungsfähigkeit und Kraft, die Freiheit des einzelnen Bürgers zu sichern und für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Nur ein starker Staat kann liberal sein.

Politik, wie sie die Christlich Soziale Union versteht, bezieht sich nicht auf die Individualität und der Gemeinschaftsbezogenheit des Menschen gleichermaßen Rechnung zu tragen. Ihr ständiger Auftrag ist es, für einen Ausgleich von Freiheit und Solidarität zu sorgen. Der Staat hat dem einzelnen den Raum der Selbstentfaltung und privaten Initiative zu gewährleisten. Er darf nicht vorschreiben, wie dieser Freiheitsraum genutzt wird, noch darf er zulassen, daß andere dies vorschreiben. Die Selbstverwirklichung des Menschen setzt nicht nur eine staatlich gesetzte und geschützte Rechts- und Friedensordnung voraus; sie verlangt nach Ansicht der Christlich Sozialen Union auch eine Gesellschaftspolitik, die es dem einzelnen zunehmend ermöglicht, sein Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten und für sich selbst zu sorgen.

Staat als
Rechts- und
Friedensgemeinschaft

Freiheit bedeutet Verantwortung für die eigene Person und für den Mitmenschen. Sie setzt eine freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung voraus.

Freiheit
der Persönlichkeits-
entfaltung

Der Anspruch auf individuelle Selbstverwirklichung ist ein gemeinsames Recht aller Bürger. Die Freiheit aller ist Voraussetzung, zugleich aber auch Grenze der Freiheit des einzelnen. Ohne allgemeine politische Freiheit kann es keine Entfaltung der Persönlichkeit geben. Daher ist für die Christlich Soziale Union die Verteidigung der freiheitlichen Verfassung und der Grundrechte Kernpunkt ihrer Politik. Religion, Kunst, Wissenschaft und politische Meinung sind deshalb in der Verfassung bewußt nicht näher definiert, um ihnen ihren Freiheitspielraum zu belassen. Den Grundrechten und damit auch der Pluralität einer offenen Gesellschaft droht seit Jahren zunehmende Gefahr von jenen gesellschaftlichen Machtgruppen und ideologischen Richtungen, die – unter Berufung auf ihr Verständnis von Fortschritt – sich im Besitz irdischer Heilslehren wähnen und sich das Recht anmaßen, jeweils zu entscheiden, wer

von welchen Rechten einen sinnvollen Gebrauch machen und sie für sich beanspruchen dürfe. Eine solche, vor allem von einem dogmatischen Marxismus und einem eifernden Sozialismus betriebene Vergesellschaftung individueller Grundrechte bedeutet die Aufhebung von Demokratie und Rechtsstaat. Die Christlich Soziale Union bekämpft diese Bestrebungen kompromißlos, auch und gerade wenn sie unter dem Vorwand propagiert werden, durch Demokratisierung die Demokratie erst vollenden zu wollen.

Staat –
Hilfe zur
Selbsthilfe

Ansprüche, Interessen und Verantwortungsbereiche des einzelnen in der Gemeinschaft sind nach dem Prinzip der Subsidiarität zu regeln. Der Staat soll nur dort unterstützend eingreifen, wo der einzelne und die Gemeinschaft sich selbst nicht helfen können. Die staatliche Daseinsvorsorge darf den Menschen nicht verplanen. Sie schafft den Rahmen für Selbstverantwortung und Selbstverwirklichung der Bürger. Sie ist Hilfe zur Selbsthilfe.

Der Grundsatz der Subsidiarität besagt, daß umfassende und weitergreifende Organisationsformen staatlicher oder gesellschaftlicher Art jeweils nur zur Bewältigung solcher Aufgaben herangezogen werden sollen und dürfen, mit deren Lösung die Initiative des einzelnen oder freier Vereinigungen überfordert ist. Der föderalistische Aufbau unseres Staates, eine dezentralisierte und bürgernahe Organisation der Verwaltung, die Achtung vor gesellschaftlichem Pluralismus und der Widerstand gegen die Politisierung aller Lebensbereiche sind weitere Konsequenzen des Prinzips der Subsidiarität. Der Grundsatz der Subsidiarität meistert die Spannung zwischen individuellen und sozialen Bedürfnissen und ist die Grundlage der Organisation der gesellschaftlichen Lebensbedingungen und der Formen und Bedingungen politischer Willensbildung. Die Christlich Soziale Union weiß, daß sich die Bedingungen der Entfaltungsmöglichkeiten des einzelnen, des gesellschaftlichen Wettbewerbs und der demokratischen Willensbildung ständig wandeln. Ausgangspunkt ihrer Politik in diesen Bereichen ist daher ein differenziertes System unterschiedlicher Formen und Möglichkeiten, in denen die Menschen ihre vielfältigen Interessen und Ziele verfolgen können.

Förderung
des einzelnen
Burgers

Die Christlich Soziale Union will eine Gesellschaftspolitik, die die Selbständigkeit des einzelnen und nicht die Macht anonymen Apparate fördert. Jeder soll das Recht auf eigene Leistung und die Chance dazu erhalten. Das freie Spiel der Interessen und Meinungen aber muß durch die politische Formulierung gesellschaftlicher Ziele ergänzt werden.

Die Christlich Soziale Union wehrt sich gegen eine Gesellschaftspolitik, die immer neue Zuwendungen verteilt und damit neue Abhängigkeit schafft. Schon vorbeugend muß an die Stelle einer Sozialpolitik, die nachträglich Schäden und Benachteiligungen ausgleichen sucht, mehr und mehr die Orientierung am Grundsatz der Chancengerechtigkeit treten. Die Stärkung der individuellen Position ist dafür wichtig.

tigste Voraussetzung. Die Möglichkeit, Bildung und Ausbildung zu erwerben und Eigentum zu schaffen, stehen deshalb in der Gesellschaftspolitik der Christlich Sozialen Union ganz vorne. Der Freiheitsspielraum des einzelnen ist von der Macht organisierter Interessenvertretungen ständig bedroht. Aus ihrem bloßen Kräftespiel ergibt sich keineswegs schon das Allgemeinwohl. Die Christlich Soziale Union kämpft gegen eine Entwicklung, in deren Rahmen das labile Gleichgewicht zwischen organisierten Einzelinteressen und dem Staat sich in ein Übergewicht der Verbandsmacht wandelt, die sich den einzelnen unterwirft und den Handlungsspielraum des Staates einengt. Eine Gesellschaftspolitik, die Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit des einzelnen stärken will, muß den Wert der Leistung wieder mehr im Bewußtsein der Öffentlichkeit verankern. Die Leistungsbereitschaft der Bürger schafft die Voraussetzungen für das System der sozialen Sicherheit. Leistung eröffnet dem einzelnen auch die Möglichkeit, eigenen Erfolg zu erleben und ein Stück Persönlichkeitsentfaltung zu verwirklichen.

Der Staat erfüllt seine Aufgabe nur dann, wenn er die Freiheit des einzelnen sichert, den demokratischen Mehrheitswillen durchsetzt und die Rechte von Minderheiten schützt. Die Christlich Soziale Union will deshalb die Macht organisierter Interessen begrenzen, um die Freiheit des einzelnen und die Belange der Gemeinschaft zu gewährleisten.

Begrenzung
der organisierten
Interessen

In einem demokratischen Rechtsstaat darf das Zusammenspiel organisierter Interessen nicht zu Lasten der nicht-organisierten Interessen gehen. Absprachen mächtiger organisierter Gruppen sind oft deshalb fraglich, weil sie auf Kosten der nichtorganisierten Interessen und zu Lasten der Allgemeinheit beschlossen werden. Diese Schwierigkeiten, die man gelegentlich als die „Neue soziale Frage“ oder auch als das Problem der „Regierbarkeit“ moderner Industriegesellschaften bezeichnet, sind nicht durch eine Einschränkung der Verbandsautonomie zu lösen. Das Problem besteht nicht darin, daß Verbände sich zur Geltung bringen, sondern darin, daß es gegenüber ihrer legitimen Verfolgung von Interessen an den nötigen Gegengewichten fehlt. Deshalb ist es eine vordringliche Aufgabe freierheitlicher Gesellschaftspolitik, alzu optimistische Vorstellungen von einer problemfreien Übereinstimmung zwischen den Verbänden auf der einen und dem Allgemeinwohl auf der anderen Seite zu berichtigen und die zu wählende Freiheit autonomer Gruppen und Verbände am Freiheitsanspruch anderer auszurichten. Der demokratische Staat wird seiner Rolle nur dann gerecht, wenn in der politischen Willensbildung mehr geschieht als lediglich eine Sammlung von Forderungen organisierter Interessen. Die Christlich Soziale Union ist sich der Verantwortung bewußt, die hier den politischen Parteien als den wichtigsten Gestaltern der politischen Willensbildung zukommt. Das Problem der „Regierbarkeit“ zeigt sich vor allem als

Frage nach der Führungskraft der Parteien. Die Christlich Soziale Union ist entschlossen, diese Frage für ihren Teil positiv zu beantworten.

**Auftrag
zur politischen
Führung**

Die Christlich Soziale Union hat den Auftrag, politische Führung auszuüben und gestaltenden Einfluß auf das politische Geschehen zu nehmen. Sie ist bestrebt, die Wünsche, Bedürfnisse, Interessen und Befürchtungen der Bürger aufzunehmen, am Gemeinwohl zu werten, auszugleichen und in den Prozeß der gesellschaftlichen und staatlichen Willensbildung einzubringen.

Auftrag und Rang des Grundgesetzes erwarten von den Parteien ein hohes Maß politischer Verantwortung. Parteien, die aus ideologischer Blickverengung oder aus Wehrlosigkeit gegenüber radikalen Gruppen innerhalb oder außerhalb ihrer Reihen die tatsächliche Entwicklung der Gesellschaft nicht mehr zur Kenntnis zu nehmen vermögen oder die sich darauf beschränken, die Quersumme organisierter Interessen wiederzugeben, versagen und verfehlen ihren Auftrag. Damit ist eine Gefährdung der parlamentarischen Demokratie gegeben. Die Christlich Soziale Union ist überzeugt, daß nur Volksparteien die Fähigkeit haben, aufgrund der Bewältigung verschiedener Interessen schon innerhalb der Partei, einer pluralistischen Gesellschaft Ziele zu setzen.

**Freiheit
und Vielfalt
der Informationen**

Die Christlich Soziale Union sieht in der Freiheit der Information und in der Vielfalt der Informationsmöglichkeiten eine wesentliche Voraussetzung freier Meinungs- und Willensbildung. Sie ist unverzichtbar für den Bestand und die Funktionsfähigkeit eines freiheitlichen und demokratischen Staates. Die Christlich Soziale Union lehnt jeden staatlichen Eingriff in die Freiheit der Presse ab. Sie ist gegen jede Reglementierung, auch dann, wenn sich diese mit dem Mantel angeblicher Demokratisierung tarnt. Wegen ihres monopolartigen Charakters haben die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten die verfassungsrechtlich gebotene Verpflichtung zur Neutralität und Ausgewogenheit des Programms zu beachten.

Die Freiheit der Information darf weder vom Staat kontrolliert noch von gesellschaftlichen Gruppen als Monopol in Anspruch genommen werden. Das Recht auf freien Zugang zu Informationen muß nicht nur dem einzelnen Bürger, sondern auch dem Journalisten gewährt werden. Dieses Recht setzt in der Praxis Vielfalt des Angebots und Konkurrenz zwischen den Informations- und Meinungsvermittlern voraus. Um eine Vielfalt des Angebots aufrechtzuerhalten, sollten nach Ansicht der Christlich Sozialen Union solche Formen der Rationalisierung und der technischen oder wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Verlage begünstigt werden, die geeignet sind, die redaktionelle Selbständigkeit der beteiligten Presseorgane zu erhalten. Die Unabhängigkeit des Journalisten muß rechtlich gesichert sein. Dies gilt nach außen, wie im Fall des Rechts zur Zeugnisverweigerung,

ring, nach innen im Fall der Beeinträchtigung durch Kollegen und redaktionelle Mehrheitsentscheidungen.

Besondere Probleme ergeben sich im Bereich der öffentlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten. Die Bürger sind nicht in der Lage von Kunden, sondern in der von Gebühren zahlenden Benutzern einer Monopoleinrichtung. Weil es keine Steuerung durch den Markt gibt, entfällt die wirksamste Form der Kontrolle. Die lautstarke Forderung nach einer „Demokratisierung“ der Anstalten bringt dem Publikum keine besseren Kontrollmöglichkeiten, vergrößert aber auf der anderen Seite die Abhängigkeit des einzelnen Journalisten und verwässert die Verantwortlichkeit der leitenden Position der Aufsichtsgremien. Soll eine Verstaatlichung der Anstalten oder das Übernehmen von Einseitigkeit und Politisierung vermieden werden, so wird nach Ansicht der Christlich Sozialen Union eine wirksame Kontrolle und damit eine Sicherung der Informationsfreiheit langfristig nur zu erreichen sein, wenn Hörer und Zuschauer ihre Meinung zum Programm und zu seinen einzelnen Teilen stärker zum Ausdruck bringen können.

Die Christlich Soziale Union bekennt sich zum Sozialstaat. Dieser ist nach dem Prinzip der Solidargemeinschaft begründet und begrenzt. Der Sozialstaat hat die Pflicht, die eigenständige und selbstverantwortliche Lebensführung der Bürger zu unterstützen, die soziale Gerechtigkeit für alle zu verwirklichen und die besondere Fürsorge den Armen und Schwachen angedeihen zu lassen.

**Pflicht
des Sozialstaates**

Unter den Lebensbedingungen einer modernen Industriegesellschaft kann es nur dann wirkliche Freiheit geben, wenn der demokratische Staat sich auch als Sozialstaat versteht. Die Christlich Soziale Union bekennt sich zum Sozialstaatsprinzip. Sie muß darauf achten, daß der Sozialstaat eine Solidargemeinschaft bleibt, die sich vor dem Mißbrauch der Solidarität schützt. Wenn einzelne und Gruppen immer höhere Ansprüche an diese Gemeinschaft stellen, ohne die Bereitschaft zur Selbstverantwortung zu zeigen, so sind sie daran zu erinnern, daß sie selbst die Ansprüche wieder über Steuern und Beiträge einzulösen haben. Die Freiheitsmöglichkeiten künftiger Generationen werden damit unverantwortlich eingeengt. Nach Ansicht der Christlich Sozialen Union beweist der Staat seine Qualität nicht dadurch, daß er immer neue bürokratische Verfahren zur Durchführung immer neuer wirtschaftlicher Dienstleistungen entwickelt. Entscheidend ist, daß er die Gemeinschaft nach den Grundsätzen der Freiheit, Solidarität und Subsidiarität als Rechtsgemeinschaft ordnet und sich im Interesse der inneren und der äußeren Sicherheit handlungsfähig und handlungsbereit zeigt.

Die Christlich Soziale Union versteht den demokratischen Staat als Antwort auf die Grundfrage humaner Politik: wie kann die politische und rechtliche Ordnung so gestaltet werden, daß sowohl der allgemeine Friede als auch die

**Wehrhafte Demokratie –
Garant für Frieden
und Freiheit**

Freiheit des einzelnen gewahrt bleiben? Da die Christlich Soziale Union die individuellen und sozialen Ansprüche des Menschen gleichermaßen achtet, lehnt sie die anarchistische Staatsverachtung ebenso ab wie jede Form totalitärer Staatsvergötzung. Weil nur der demokratische Rechtsstaat die Freiheit und den Frieden freier Bürger schützen kann, bekämpft die Christlich Soziale Union unerbittlich alle Feinde unseres Staates. Nur eine wehrhafte Demokratie garantiert Bestand und Zukunft unseres Staates. Dies setzt das Bekenntnis der Bürger zu ihrem Staat und seiner freiheitlich-demokratischen Grundordnung voraus.

Der Staat sieht sich dem Widerspruch ausgesetzt, daß Art und Umfang seiner Tätigkeit ständig zunehmen, während sich seine Autorität und seine Entscheidungsfähigkeit eher verringern. Der Staat, von dem man die Erfüllung immer größerer Ansprüche seiner Bürger erwartet, sieht sich zugleich in der Rolle eines Instruments rivalisierender Gruppeninteressen. Zusätzlich droht dem Staat Autoritätsverlust, wenn er sich gegenüber den Forderungen wichtiger Dienstleistungsgruppen, der offenen Bekämpfung der demokratischen Ordnung oder politischer Kriminalität als schwach und erpreßbar zeigt. Negative Entwicklungen in diese Richtung verstärken sich umso mehr, je ausschließlicher der Staat nur noch als Erzeugnis der Gesellschaft verstanden wird. Dabei bildet der Staat mit seinen Einrichtungen und Rechtsnormen einen eigenen Bereich, der sich deutlich abgrenzen läßt. Eine Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft ist nicht nur möglich, sondern wegen der Aufgaben des Staates unbedingt erforderlich. Ein völlig in das Kräftefeld der Gesellschaft einbezogener Staat wäre nicht mehr in der Lage, gegenüber der Gesellschaft als eine an Verfassungsnormen gebundene Autorität aufzutreten. Er könnte nicht mehr die Freiheit des einzelnen schützen und die demokratische Willensbildung in politisches Handeln überführen.

Der Staat geht auf dem Wege demokratischer Willensbildung aus der freien Mitwirkung seiner Bürger hervor und wird auch auf diese Weise weiterentwickelt. Die Gründe für das Entstehen demokratischer Formen der politischen Willensbildung geben zugleich die Maßstäbe für deren Ziel und Umfang ab: Demokratische Begründung, Ausübung und Kontrolle von Herrschaft folgen aus dem gemeinsamen Interesse freier Bürger an der Einschränkung ihrer Freiheit durch ein für alle geltendes Recht. Daraus ergibt sich, daß Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung nur durch die allgemein legitimierte Form der Herrschaft geregelt werden dürfen und daß sich diese Herrschaft aller nur auf das erstrecken darf, was alle betrifft. Die Demokratie wird gegen die Grundlage ihrer eigenen Rechtfertigung gekehrt, wenn geduldet wird, daß einzelne oder Gruppen einen Monopolanspruch auf Formulierung und Vertretung der gesellschaftlichen Interessen erheben,

oder wenn das Privatleben öffentlicher Kontrolle unterworfen wird.

Die Christlich Soziale Union weiß, daß der Kompromiß ein Wesenselement des demokratischen Staates ist. Keinen Kompromiß aber gibt es für die Christlich Soziale Union in der Abwehr der Staatsfeinde. Extremisten müssen mit allen Mitteln des Rechtsstaates bekämpft werden. Unsere Verfassung und unsere Rechtsordnung sehen dafür, gerade im Hinblick auf die Erfahrungen der Weimarer Republik, ausreichende Möglichkeiten vor. Für die Christlich Soziale Union ist es unerträglich, daß Angehörige extremistischer Organisationen, deren Ziel die Beseitigung unserer demokratisch-parlamentarischen Grundordnung ist, in den öffentlichen Dienst treten können. Die Vorstellung von Staatsfeinden als Staatsdiener zeigt, wie weit die Mißachtung des Staates und seiner Funktion in manchen gesellschaftlichen und politischen Gruppen bereits gediehen ist. Die Christlich Soziale Union steht an der Spitze jener, die es ernst meinen mit der Verteidigung dieses Staates. Deshalb ist es für die Christlich Soziale Union ausgeschlossen, denen die Hand zu reichen, die das Gebäude unserer staatlichen Ordnung zerstören wollen. Noch entschlossener gilt es jenen politisch motivierten Kräften entgegenzutreten, die mit Gewalt und Mord die Autorität des Staates schwächen, die Bürger in Angst und Schrecken versetzen und den Boden für die Revolution vorbereiten wollen. Nur eine wehrhafte Demokratie und ein wehrhafter Staat werden sich behaupten können. Nicht der schwache Staat, der bereits den Keim seiner Zerstörung in sich trägt, ist ein liberaler Staat. Ein liberaler, ein freiheitlicher Staat ist nur der starke Staat. Nur er kann mit seinen Gegnern fertigwerden.

Die Christlich Soziale Union tritt über die innerstaatliche Abwehr des Terrors hinaus dafür ein, alle außerpolitischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um eine internationale Achtung des Terrors zu erreichen.

Weniger Staat – Mehr Freiheit

Die Christlich Soziale Union bekennt sich zu den Prinzipien der rechtsstaatlichen Verwaltung, der parlamentarischen Kontrolle und des Berufsbeamtentums. Sie verfällt nicht dem Irrtum des Sozialismus, daß ein erweitertes staatliches Angebot an Dienstleistungen und eine ausgedehnte staatliche Einflußnahme in allen Bereichen schon für sich als Fortschritt zu betrachten seien, und daß der Sozialstaat letztlich nur so verwirklicht werden könne. Die Christlich Soziale Union tritt für die Sicherung und den Ausbau des föderalistischen Systems der Bundesrepublik Deutschland ein, für eine weitere Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und für eine sinnvolle Dezentralisierung der Verwaltung. Die private Sphäre des Bürgers ist vor überflüssigen Eingriffen staatlicher Verwaltungstätigkeit zu schützen.

Wichtige gemeinsame Aufgaben, vor allem die öffentliche Sicherheit, die Bildung, wesentliche Teile der Daseinsvorsorge verlangen eine an Gesetze gebundene öffentliche Verwaltung. Diese Besonderheit staatlichen Tätigwerdens bedingt die Struktur des öffentlichen Dienstes und den Status seiner Angehörigen. Die Christlich Soziale Union will den handlungsfähigen Staat und sieht daher die Gefahr einer mit immer neuen Aufgaben überlasteten und letztlich unbeweglichen Bürokratie. Die Christlich Soziale Union stellt zunächst die Frage nach dem notwendigen Umfang der Staatstätigkeit. Sie schreibt dem Staat allein diejenigen Aufgaben zu, die nur er erfüllen kann. Außerdem gibt sie innerhalb der öffentlichen Verwaltung der einfacheren gegenüber der komplizierteren Organisation, der regionalen gegenüber der zentralen Zuständigkeit den Vorrang, wo immer dies möglich ist.

Die Christlich Soziale Union tritt dafür ein, den Umfang der staatlichen Aufgaben zu begrenzen. Im Bereich der Eingriffsverwaltung ist eine Beschränkung der Staatstätigkeit kaum möglich. Der Bereich der Dienstleistungen und der wirtschaftlichen Unternehmungen des Staates dagegen bietet vielfältige Möglichkeiten, öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren.

Die ständige Veränderung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Strukturen, vor allem aber Tausende von Gesetzen und Verordnungen haben zu einer kaum mehr überschaubaren Aufgabenerweiterung der öffentlichen Verwaltung geführt. Immer mehr Mittel der öffentlichen Haushalte entfallen auf die Kosten der Verwaltung. Die Christlich Soziale Union hält eine Bestandsaufnahme und kritische Überprüfung dieser Kosten für notwendig. Der ständig steigende Staatsanteil am Bruttosozialprodukt erzwingt ein Umdenken. Der Spielraum für den privaten Konsum und für die Investitionen der Wirtschaft wird nicht nur empfindlich eingeengt; es ergeben sich auch innerhalb

Der handlungsfähige Staat

Förderung von
Einstaatlichkeit

des staatlichen Anteils bedenkliche Umschichtungen. Der Investitionsanteil an den Staatsausgaben geht ständig zurück. Der Staat gibt immer mehr Geld zur Deckung seiner laufenden Kosten aus, immer weniger für zukunftssträchtige Strukturverbesserungen. Die Christlich Soziale Union wird deshalb darauf drängen, daß alle Möglichkeiten zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen dort genutzt werden, wo eine privatwirtschaftliche Regelung sich verwaltungsmäßigen Organisationen überlegen zeigt. Weiterhin muß die öffentliche Verwaltung insgesamt überprüft und rationalisiert werden.

Vereinfachung
der Verwaltung

Die Verantwortung gegenüber den Bürgern verlangt die rationelle Durchführung staatlicher Aufgaben. Dies setzt die Vereinfachung und Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung voraus. Gesetze und Verwaltungsverfahren müssen für den Bürger durchschaubar und begreifbar sein. Die Christlich Soziale Union hält im Interesse einer politisch neutralen Verwaltung an der bewährten Einrichtung des Berufsbeamtenwesens fest.

Die Diskussion über Wirksamkeit und notwendige Verbesserungen in der öffentlichen Verwaltung und im öffentlichen Dienst ist entstanden, weil immer mehr Aufgaben und Leistungen auf den Staat übertragen wurden, die nichts mehr mit staatlicher Hoheitsverwaltung zu tun haben. Die Christlich Soziale Union will nicht nur eine größere Wirksamkeit der staatlichen Verwaltung erreichen, sondern zugleich ein Höchstmaß an Durchschaubarkeit für den Bürger. Andernfalls besteht die Gefahr, daß die Verwaltung wegen ihrer komplizierten Unübersichtlichkeit von vielen Bürgern nur noch als anonyme Herrschaft verstanden wird, deren Zusammenhang mit den öffentlich diskutierten und demokratisch zustandegekommenen Zielen staatlichen Handelns kaum noch erkennbar ist. Deshalb sind jene Vereinfachungen des Verwaltungsaufbaus, die mehr Verständlichkeit und Kontrollierbarkeit der Verwaltung erreichen, ohne daß die Gewaltenteilung angetastet oder die rechtlichen Verantwortlichkeiten verwischt werden, vorrangig.

In dem Maße, in dem der öffentliche Dienst sich wieder auf die Wahrnehmung seiner eigentlichen Aufgaben konzentrieren kann, treten auch jene Tätigkeiten wieder in den Vordergrund, die die Institution des Berufsbeamtenwesens begründen. Aus der besonderen Funktion des Beamtenwesens ergeben sich besondere Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit, auf deren Beibehaltung die Christlich Soziale Union sorgfältig achtet. Hierzu gehört die Unzulässigkeit des Streiks für Beamte und deren besondere Pflicht zur Loyalität für die verfassungsmäßige Ordnung.

Selbstverwaltung
aus Selbst-
verantwortung

Die Christlich Soziale Union bekennt sich zum Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung. Die kommunale Selbstverwaltung steht dem Bürger am nächsten. Sie gibt ihm

vielfältige Möglichkeiten der Mitwirkung am gesellschaftlichen und politischen Geschehen. Danach ist es sachgerecht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in kommunaler Verantwortung zu erfüllen und möglichst viele Staatsaufgaben auf die Kommunen zu verlagern. Diesem Anspruch können aber die Gemeinden nur nachkommen, wenn sie eine aufgabengerechte Finanzausstattung erhalten.

Die Christlich Soziale Union fordert deshalb eine bürgernahe und bürgerefreundliche Verwaltung. Sie setzt sich für eine aktive Teilnahme möglichst vieler Bürger am kommunalen Geschehen ein.

Kommunalpolitik vollzieht sich wegen zunehmender und vielfältiger Verflechtung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Abläufe in immer engerem Zusammenhang mit der Landes- und Bundespolitik. Für die Christlich Soziale Union ist aber Kommunalpolitik nicht nur Instrument und Vollstreckerin staatlicher Politik. Sie besitzt Eigenständigkeit in der Gesamtverantwortung für alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft. Die Kommunalpolitik hat die Aufgabe, alle öffentlichen Leistungen auf örtlicher Ebene zusammenzufassen und sie bedürfnisgerecht dem Bürger unter Berücksichtigung seiner Gemeinschaftsgebundenheit zu erschließen.

Aufgrund ihrer eigenen Leistungs- und Gestaltungschancen stößt Kommunalpolitik auch Entwicklungen an, beeinflusst sie und steuert damit den wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Wandel. Dabei geht die Christlich Soziale Union davon aus, daß im Rahmen des freiheitlichen Demokratieverständnisses die Aufgaben der Kommunalpolitik nicht nur für den Bürger erfüllt, sondern weitgehend von ihm selbst mitgestaltet und mitverantwortet werden.

Freiheit
durch Föderalismus

Die Christlich Soziale Union hält am Prinzip des Föderalismus fest. Nur ein föderativer Aufbau der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet das notwendige Gegengewicht zum Zentralismus. Der Föderalismus teilt die Macht im Lande, sichert die Vielfalt demokratischer Meinungsbildung und macht das staatliche Handeln für den Bürger überschaubar.

Der Föderalismus ist das Fundament der staatlichen Ordnung der Bundesrepublik. Er stellt das notwendige Gegengewicht gegenüber sich selbstbildenden Zentralismus und gegen die Auswucherung zentraler Verwaltungen zum Wasserkopf dar. Er verhindert Uniformierung und Provinzialisierung der deutschen Landschaften, Zentralismus lähmt die politische Aktivität, drängt staatsbürgerliches Verantwortungsbewußtsein zurück, behindert die demokratische Willensbildung und fördert die Herausbildung einer totalen Technokratie und Bürokratie. Deshalb wird die Christlich Soziale Union allen Versuchen, die föderalistische Grundordnung auszuhöhlen oder gar zu beseitigen, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Bildung, Wissenschaft, Kultur – Grundlagen persönlicher Entfaltung und der Zukunft unseres Volkes

Die Christlich Soziale Union sieht in Bildung, Wissenschaft und Kultur zentrale Bereiche ihrer freiheitlichen Politik. Bildungspolitik ist ein Fundament der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie soll dem einzelnen Hilfe zur Selbsthilfe geben, an der Überwindung sozialer Hindernisse im Sinne eines Chancenausgleichs mitwirken, die Weitergabe der Kultur und der Prinzipien einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung gewährleisten. Wissenschaft und Technik sollen Existenz und Fortschritt unseres Volkes geistig und materiell sichern. Kulturpolitik soll die schöpferischen Kräfte des Menschen entfalten helfen, zu einer Weiterentwicklung des geistigen Erbes beitragen, dem Menschen eine lebenswerte Umwelt erhalten. In der Kulturhoheit der Länder sieht die Christlich Soziale Union einen freiheitssichernden Grundpfeiler unserer bundesstaatlichen Ordnung.

Bildungspolitik steht inmitten des Kräftefeldes der Erwartungen des einzelnen, wirtschaftlicher Entwicklungen, gesellschaftlicher Wandlungen und ideologischer Auseinandersetzungen. Bildung ist heute nicht mehr Luxus für wenige, sondern entscheidend für jeden. Das Bildungswesen ist nicht nur ein Steuerungsinstrument der Lebenschancen. Wohl eröffnet Bildung Aufstiegschancen und macht den einzelnen fähig, sich im sozialen Wandel zu behaupten, insbesondere seit andere Auswahlkriterien in der allgemeinen Gleichheitsbestrebungen der Industriegesellschaft zurücktreten. Bildungseinrichtungen müssen vor allem die personale Begegnung in der Erziehung ermöglichen und in die Kultur einführen. Sprache, moralische Normen, Ausdrucksweisen des Gefühls, soziale Spielregeln, Recht und Politik, Arbeits- und Wirtschaftsformen, Technik, Künste, Wissenschaften und Religionen gehören zum Lebensgefüge des Menschen. Erlernen der Kultur erschöpft sich dabei keineswegs nur in Übernahme und Wiedergabe, sondern befähigt auch zu kulturellen Neuschöpfungen.

Politik muß auf einen Ausgleich unterschiedlicher Startchancen hinwirken, indem sie Hindernisse der Entfaltung, des Einkommens, der sprachlichen Ausdrucksfähigkeit, der Motivation u. a. abtragen hilft. Besondere Hilfe ist den Behinderten zu leisten. Bildung, Wissenschaft und Kultur müssen den Menschen dazu befähigen, die Entwicklung unserer Welt geistig zu bewältigen und die international wachsenden Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Bildung,
Wissenschaft
und Kultur –
zentrale Bereiche
der freiheitlichen
Politik der CSU

Bildung –
Grundlage per-
sönlicher Freiheit
und sozialen
Ausgleichs

Bildung wendet sich an den einzelnen; sie orientiert sich am Menschen und seiner personalen Freiheit. Maßstab der Bildungseinrichtungen ist der in seine Freiheit und Verantwortung hineinzubildende Mensch, der sein Glück und seinen Platz im sozialen Ganzen finden soll. Das Bildungswesen trägt zum sozialen Ausgleich bei, indem es Menschen jeder Herkunft und sozialen Zugehörigkeit möglichst früh die besten Entfaltungsmöglichkeiten bietet.

Das Bildungswesen dient der Entfaltung der Persönlichkeit, ist also kein Instrument für fremde Zwecke. Maßstab der Bildungseinrichtungen in einer freiheitlich-demokratischen Ordnung ist nicht die soziale Umverteilung, nicht Gesellschafts- und Systemveränderung, sondern der Mensch, der zu Freiheit und Verantwortung hinführen soll. Die begrenzte Eigenständigkeit der Bildungseinrichtungen ist gerechtfertigt durch die Selbständigkeit des Erkennens gegenüber dem Handeln. Bildung geht dem verantwortlichen Handeln voraus. Der Übergang von der Einsicht zu praktischen Konsequenzen kann nur von der Person geleistet und im Gewissen verantwortet werden. Der kollektive Übergang von der Theorie zur Aktion ist dagegen Unterjochung des einzelnen.

Wenn der einzelne sein Glück, seinen Ort im sozialen Ganzen finden soll, dürfen ihm Kollektive nicht ihre Vorstellungen von Glück aufzwingen. Es gibt keinen moralischen Erziehungsanspruch von Gruppen, die sich in Besitz eines besonderen, aufgeklärten politischen Bewußtseins gegenüber der Allgemeinheit glauben. Die Christlich Soziale Union sieht die Bildung in ihrer personalen und sozialen Doppelfunktion. Sie lehnt auch für die Bildungspolitik ein Klassendenken und eine ausschließlich schichtenbezogene Betrachtungsweise ab, die zu Gleichmacherie führen. Sie ist dagegen der Auffassung, daß die bestmögliche Bildung und Erziehung aller am ehesten zum sozialen Ausgleich beiträgt. Hierfür ist der Kindergarten eine Bildungseinrichtung von besonderer Bedeutung.

Öffentliche
Bildungsangebote
und Leistungs-
bereitschaft
des einzelnen

Bildung ist kein Konsumgut. Sozialer Anspruch und persönliche Bildung bilden ein untrennbares Ganzes. Bildungspolitik kann und soll vielfältige öffentliche Angebote bereitstellen und soziale Sperrn wegräumen oder abmildern. Sie soll auch Leistungskriterien setzen und den Leistungswillen fördern. Voraussetzung dafür ist ein humaneres Klima in allen Bildungseinrichtungen.

Die Christlich Soziale Union tritt für vielfältige öffentliche Bildungsangebote ein. Gleichzeitig ist das Bildungswesen jedoch vor einer Anspruchsinfation zu schützen. Die Leistungspflicht des Staates ist begrenzt und steht unter dem Vorbehalt des Möglichen im Sinne dessen, was der einzelne vernünftigerweise von der Gesellschaft beanspruchen kann. Persönliche Freiheit und Teilhabe lassen sich nicht losgelöst von Funktionsfähigkeit und Gleichgewicht des Ganzen verwirklichen. Ein unbegrenztes, subjektives Anspruchs-

denken auf Kosten der Allgemeinheit ist mit dem Gedanken des Sozialstaats unvereinbar. Das Niveau des Bildungswesens wird von den Anstrengungen aller einzelnen mitbestimmt. Auch die reichsten öffentlichen Angebote und Hilfen können nur durch sie wirksam werden. Bildungspolitik kann und soll soziale Sperrn wegräumen oder abmildern. Sie kann aber dort keinen Erfolg gewährleisten, wo der Leistungswille fehlt.

Leistung ist zwar nicht alles, aber ohne Leistung wird Bildung auch in Zukunft nicht möglich sein. Bildung gedeiht am besten in einem humanen Klima. Für dieses sind angemessene Anforderungen, ein erzieherischer Umgang und musische Betätigung besonders bedeutsam.

Die Christlich Soziale Union tritt für ein differenziertes Bildungsangebot ein, das auf einem angemessenen Socket allgemeiner Grundbildung aufbaut. In seinen Formen und Verfahren braucht es Vielfalt und Beweglichkeit. Dabei ist zu berücksichtigen, daß beim Berufseintritt des jungen Menschen die Ergebnisse staatlich geplanter Bildungspolitik mit den Erfordernissen der sozialen Marktwirtschaft zusammenzutreffen.

Will das Bildungswesen der Freiheit des einzelnen gerecht werden und auf soziale Handlungsverteilung in der Gesellschaft vorbereiten, braucht es in seinen Formen und Verfahren Vielfalt und Beweglichkeit. Der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes wird in seiner Zielsetzung verkehrt, wenn daraus für alle Bereiche von Staat und Gesellschaft – und damit auch für die Bildungspolitik – Einheitlösungen abgeleitet werden. Im Gegenteil: ein Bildungswesen kann nur dann menschengerecht und damit human sein, wenn es statt eines genormten Bürgers die Besonderheit in der Ausformung von Begabung und Anlagen jedes einzelnen im Auge hat. Nur so wird jedem die Möglichkeit zur bestmöglichen Ausgestaltung seiner Anlagen eröffnet und die Verformung des Menschen durch bildungspolitische Ideologien verhindert. Gerechtigkeit im Bildungswesen bedingt vielfältige Angebote, die sich an der Verschiedenartigkeit der einzelnen Begabungen ausrichten. Notwendig sind deshalb sowohl beschützende Förderung der Leistungsbehinderten wie volle Entfaltungsmöglichkeiten für Hochbegabte. Erstrebenswert ist eine Profilierung der einzelnen Bildungsgänge, die auf einem Grundangebot an allgemeiner Bildung aufbaut. Schüler und Schule sind vor einer Überforderung zu schützen, die Erziehung und personale Bildung unmöglich macht.

Mittel und Verfahrensweisen des Staates bei Planung und Gestaltung des Bildungswesens stehen in einem Spannungsverhältnis zu den Mechanismen, nach denen sich in unserem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem Bedürfnisse und Wünsche durch Angebot und Nachfrage herausbilden. Staatliche Planung und Gestaltung des Bildungswesens darf jedoch nicht so gehandhabt werden, daß die Ergebnisse der Bildungspolitik in unvereinbarem Gegensatz zu den An-

Vielfältigkeit des
Bildungsangebots
und Beschäftigungs-
systems

forderungen des Arbeitsmarktes geraten. Staatliche Bildungsplanung kann weder den zukünftigen Bedarf des Arbeitsmarktes genau vorausberechnen noch darf sie die risikoreiche, freie Wahl des einzelnen unmöglich machen. In der Fähigkeit, sich den unterschiedlichen und zum Teil widerstrebenden Wünschen des einzelnen und Anforderungen des Marktes zu stellen – und nicht in kurzfristige Alternativenentscheidungen zu flüchten – beweist sich Freiheitlichkeit und Realitätsbezug unserer Bildungspolitik. Dem Bürger wird damit die Möglichkeit eröffnet, vor den Anforderungen des Arbeitsmarktes zu bestehen, ohne seine Fähigkeit zur Selbstverwirklichung aufzugeben.

Berufliche und
allgemeine Bildung –
eigenständig
und gleichwertig

Berufliche und allgemeine Bildung sind gleichrangige Aufgaben und eigenständige Bereiche. Nach Überzeugung der Christlich Sozialen Union wächst persönliche Bildung sowohl aus praktischem Tun wie aus theoretischer Reflexion. Die Wahl des richtigen Weges soll sich an persönlicher Neigung und Begabung, nicht an überholtem Prestigedanken orientieren. Theoretische, praktische und musische Elemente sollen in beruflicher wie allgemeiner Bildung zusammenwirken. Ein Bildungswesen mit beruflicher und sozialer Ausprägung ist zugleich die Grundlage einer Humanisierung der Arbeitswelt.

Die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung bleibt ein leerer Spruch, solange Bildung als akademische Bildung mißverstanden wird. Erst wenn sich die Erkenntnis durchsetzt, daß mit Bildung mehr gemeint ist – nämlich die Bildung, Formung und Entwicklung der gesamten menschlichen Persönlichkeit mit allen sozialen, emotionalen und geistigen Beziehungen zur Umwelt – kann die berufliche Qualifikation gegenüber den sogenannten höheren schulischen und akademischen Abschlüssen wieder zu ihrem Recht kommen und eine echte Alternative für die Jugend werden. Der jeweils eigene Wert der beruflichen und der allgemeinen Bildung verleiht eine lähmende Ausrichtung der beruflichen Bildung an den Normen, Qualitätsmaßstäben und Ausbildungsmethoden der allgemeinen Bildung und umgekehrt. Dem Zweck und der Zielsetzung der beruflichen Bildung entspricht die Ausbildung in Betrieb und Schule (duales System) unter gemeinsamer Verantwortung von Staat und Wirtschaft. Diese Ausgewogenheit zwischen beiden Bildungsgängen kann aber nur erreicht werden, wenn allgemein anerkannt wird, daß sich persönliche Bildung und berufliche Qualifikation in beruflicher wie allgemeiner Bildung erreichen läßt.

Weil sich der Bildungsbegriff nicht einseitig an theoretischen Normen bzw. geisteswissenschaftlichen Maximen orientieren darf, haben praktisches Tun und theoretische Überlegung eine gleichwertige, aber jeweils eigenständige Bedeutung für die Bildung des einzelnen. Über den unmittelbaren Bereich der Bildungspolitik hinaus reicht die Aufgabe, dem praktischen Tun und der beruflichen Bildung im öffentlichen Ansehen und der Arbeitswelt zu einer gegen-

über dem allgemeinen Bildungsgang gleichen Bewertung zu verhehlen. Diese unterschiedene Hinwendung zu einem Bildungsweg mit beruflicher, sozialer und personaler Ausprägung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Humanisierung der Arbeitswelt, nicht nur im Sinne sozial-politischer Errungenschaften, sondern vor allem durch die Anerkennung der Unterschiedlichkeit der Menschen, ihrer Bedingungen und ihrer Aufgaben.

Die Christlich Soziale Union geht in ihrer Bildungspolitik von den Aussagen des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung über Erziehung und Bildung aus. Die dort genannten Ziele und Normen bilden die Richtschnur einer wertbegründeten und Werte vermittelnden Erziehung.

Das Bildungswesen ist Bestandteil der demokratischen Ordnung. Seine Einrichtungen sind im demokratischen Staat keine von Verfassung und allgemeiner Gesetzgebung freien Räume. Schulen und Hochschulen haben deshalb auch den Auftrag, Schülern und Studenten unsere verfassungsmäßige Ordnung zu erschließen.

Auch eine pluralistische Gesellschaft kommt nicht an der Verständigung über normative Grundlagen der Bildungspolitik vorbei. Im Grundgesetz sind Rechte und Pflichten von Eltern und Staat festgelegt. Schulen haben nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, in ihrem Erziehungsauftrag zur Achtung des Mitmenschen und zur Anerkennung der institutionellen Voraussetzungen einer Gemeinschaft freier Bürger hinzuführen. Die Christlich Soziale Union besteht darauf, daß die in der Bayerischen Verfassung genannten Ziele – Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor religiöser Überzeugung und vor der Würde des Menschen, Selbstbeherrschung, Verantwortungsgefühl und Verantwortungsbereitschaft, Hilfsbereitschaft und Aufgeschlossenheit für alle Wahre, Gute und Schöne, Erziehung im Geist der Demokratie, Liebe zur Heimat und zum Volk, Erziehung zur Völkerverständigung, Bildung von Herz und Charakter – unverzichtbare Grundlagen jeder Bildungspolitik bleiben. Diese Werte zu bewahren, ist notwendig, wenn Bildung zu persönlicher Bewährung befähigen soll. Die Grundlegung von Wertvorstellungen im jungen Menschen hilft bei der Orientierung in einer Zeit der Abwertung der Werte. Verfassungsnormen haben nur Bestand, wenn sie bereits durch Erziehung bewußt gemacht und bejaht werden. Erhaltung der freihheitlichen Ordnung ist daher kein Verrat von Schule und Hochschule an ihrer pädagogischen Aufgabe, sondern ihr selbstverständlicher Auftrag.

Der junge Mensch soll zu Mündigkeit und Verantwortungsfähigkeit hingeführt werden. Der Lehrer ist zu dieser Hinführung nicht nur verpflichtet, er trägt dafür gegenüber Staat und Eltern auch die Verantwortung. Individuelle Selbstentfaltung und Fähigkeit zur Teilnahme am sozialen und politischen Leben sind gleichrangige und miteinander zu vereinbarende Bildungsziele.

Bildungsinhalte –
Ausfluß einer
plural verfaßten
Gesellschaft

Über die Auswahl der Bildungsinhalte entscheidet in letzter Instanz der demokratisch legitimierte Staat. Hierbei muß er sich vom Reichtum unserer Kultur und der Vielfalt der Weltdeutungen leiten lassen. Dies entspricht den Zielen und Normen unserer Verfassung.

Weil in der Schule nur ein Bruchteil menschlicher Welt-erfahrung an- und dargeboten werden kann und weil dieser Bruchteil angesichts wachsender Informationsmengen ständig kleiner wird, muß ausgewählt werden. Für diese Auswahl gibt es keine absoluten Maßstäbe. Sie kann weder durch eine wissenschaftliche Methode geleistet, noch durch einen ideologische Ansatz gerechtfertigt werden. Gerade eine pluralistische Gesellschaft ist auf die Verständigung über normative Grundlagen der Bildungspolitik angewiesen, da das Prinzip der größtmöglichen Freiheit auf der Übereinstimmung in den Grundwerten beruht. Nur der demokratisch legitimierte Staat kann daher in einer pluralistischen Gesellschaft letztlich die Verantwortung für die Auswahl der Bildungsinhalte übernehmen. Die zuständigen Organe haben sie politisch zu verantworten.

Der freiheitlich demokratische Staat ist einerseits zu weltanschaulicher Neutralität, andererseits aber einer sittlichen Wertordnung verpflichtet, deren Grundlage die Achtung vor der Würde des Menschen und des menschlichen Lebens bildet. Diese Wertordnung bestimmt auch die Auswahl der Bildungsinhalte.

Erwachsenenbildung
und Bücherwissen
ohne staatliche
Bewormundung

Die Christlich Soziale Union erstrebt Vielfalt und freiwillige Zusammenarbeit im Bereich der Erwachsenenbildung und des Bücherwissens. Die Bevorzugung einzelner Einrichtungen durch die öffentliche Hand und einen staatlich festgelegten Kooperationszwang lehnt sie ab. Alle Bildungseinrichtungen sollen im Rahmen ihrer Möglichkeiten der Erwachsenenbildung Hilfeleistung leisten. Das Subsidiaritätsprinzip ist gerade in diesem Bereich besonders zu beachten.

Die hochentwickelte Industriegesellschaft ist auf die Bereitschaft zum Um- und Weiterlernen angewiesen. Berufliche Kenntnisse und Fähigkeiten bedürfen wegen der raschen Veränderungen in den Bereichen der Wissenschaft, der Produktion und der Dienstleistungen beständiger Überprüfung und Erweiterung. Berufliche Fortbildung soll den bereits in Beruf und Arbeit Stehenden die Chance für einen Aufstieg im Beruf ermöglichen. Weiterbildung wird zudem immer mehr zu einer Bedingung für den inneren Zusammenhalt des Gemeinwesens. Über berufliches und politisches Lernen hinaus soll Erwachsenenbildung dem Menschen die Möglichkeit bieten, seine Aufgaben umfassend zu entfalten.

Erwachsenenbildung und Bücherarbeit orientieren sich am Menschen mit seinen konkreten Bedürfnissen und Erwartungen. Für seine persönliche Weiterbildung muß der einzelne selbst die Initiative ergreifen. Eine Weiterbildungspflicht wird abgelehnt.

Die Christlich Soziale Union tritt für Vielfalt und freiwillige Zusammenarbeit im Bereich der Erwachsenenbildung ein. Sie sieht in der Erwachsenenbildung einen eigenständigen Bereich des Bildungswesens. Alle Bildungseinrichtungen sollen im Rahmen ihrer Möglichkeiten der Erwachsenenbildung Hilfeleistung leisten. Diese reicht von den äußeren Voraussetzungen über die Fähigkeit und Bereitschaft zur Weiterbildung bis hin zur Beratung der Eltern.

Als Informations- und Bildungsquelle haben die Bücher eine besondere Bedeutung.

Der Staat trägt die Gesamtverantwortung für das Schul- und Bildungswesen. Dies verpflichtet ihn zum Schutz der Bildungseinrichtungen vor verfassungfeindlichen Aktivitäten wie auch dazu, private Initiativen im Bildungsbereich zu fördern und die Freiheit der Lehrenden im Rahmen ihrer Aufgaben zu gewährleisten. Eine Mitwirkung der Betroffenen ist notwendig, um zusätzlichen Sachverstand einzubringen und um gemeinsam mit der Erziehungsverantwortung der Eltern die Bildungseinrichtungen lebensnah zu gestalten.

Das Bildungswesen ist ein wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung. Der demokratische Staat hat aus diesem Grunde den Auftrag und die Befugnis zur Ordnung und Organisation des Bildungswesens. Sein Ziel muß eine Schule sein, die allen jungen Menschen die ihren Fähigkeiten entsprechenden Bildungsmöglichkeiten eröffnet. Zugleich entspricht einem freiheitlichen Staat das Offensein für die Vielfalt der Formen und Inhalte im Bildungswesen und die Förderung privater Initiative.

Die Christlich Soziale Union begrüßt die Leistungen freier Träger im Bildungsbereich. Sie hält es im Interesse eines vielfältigen Angebots für dringlich, daß der Staat private Bildungseinrichtungen fördert.

Der Staat muß im Rahmen der Lehrpläne die pädagogische Freiheit des Lehrers schützen. Die Christlich Soziale Union vertraut auf die erzieherische Initiative des gut ausgebildeten und der Verfassung verpflichteten Lehrers, der seine Freiheit nicht als Vorzug, sondern als Treuhänderschaft für die ihm anvertraute Jugend begreift.

Zur Gesamtverantwortung des Staates gehört auch der Schutz des Schul- und Bildungswesens vor verfassungfeindlichen Aktivitäten.

Die Mitwirkung der Beteiligten soll Sachverstand einbringen, um sicherzustellen, daß die Bildungseinrichtungen ihre Aufgaben bestmöglich und lebensnah erfüllen können. Dem muß die Mitwirkungsbefugnis im einzelnen Rechnung tragen.

Die Christlich Soziale Union bekennt sich zum Erziehungsrecht der Eltern. Elterliches Erziehungsrecht und staatlicher Erziehungsauftrag stellen eine gemeinsam wahrzunehmende Verantwortung dar und erfordern die Zusammenarbeit von Schule und Erziehungsberechtigten. Die Eltern müssen den staatlichen Erziehungsauftrag anerkennen; der

Der Staat
als Garant
freier Initiativen
im Bildungswesen

Staat aber muß in der Schule die Verantwortung der Eltern für die Erziehung ihrer Kinder achten und für die Vielfalt der Anschauungen in Erziehungsfragen soweit offen sein, als es sich mit einem geordneten staatlichen Schulwesen verträgt.

Wissenschaft
und Forschung –
Voraussetzung für
Selbstbehauptung
und Fortentwicklung
unserer Gesellschaft

Die Deutung der eigenen Existenz, die Erforschung und Gestaltung der Umwelt sind die Grundanliegen des menschlichen Geistes. Dieses Grundanliegen in Wissenschaft und Forschung zu fördern, ist Voraussetzung für die Fortentwicklung unserer Gesellschaft und für die Selbstbehauptung Deutschlands im internationalen Weltstreit. Hierfür sind die Naturwissenschaften und die Technik von gleicher Bedeutung wie die Geistes- und Sozialwissenschaften. Wissenschaft und Forschung werden nur dann fruchtbar, wenn die Umsetzung ihrer Erkenntnisse in politische, wirtschaftliche und kulturelle Entscheidungen gelingt. Daraus erwächst gegenseitige Verantwortung. Der Staat muß für Wissenschaft und Forschung die materiellen und organisatorischen Voraussetzungen schaffen. Er muß die erneuerten Hochschulen in die Lage versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Volkswirtschaftlicher Erfolg, Stabilität des Arbeitsmarktes und lebenswerte Gestaltung unserer Umwelt werden von Wissenschaft und Forschung entscheidend mitbeeinflusst. Für die Bundesrepublik Deutschland als rohstoffarmes Land ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, die Vielfalt der von hier ausgehenden wissenschaftlichen Impulse und die Leistungsbereitschaft ihrer Bürger eine Frage des Überlebens. Geistes- und Naturwissenschaften dürfen nicht in einen wechselseitigen Verdrängungswettbewerb eintreten. Sie müssen mit den ihnen eigenen Methoden und Möglichkeiten zur Entwicklung unserer Gesellschaft beitragen. Dies bedeutet aber nicht völlige Verwissenschaftlichung aller unserer Lebensbereiche: Sie würde weder der Natur des Menschen noch der Aufgabe der Wissenschaft gerecht. Der Staat muß vielmehr bestmögliche Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Wissenschaft und Forschung in öffentlicher wie privater Hand schaffen. Dazu muß er die Funktionsfähigkeit der Hochschulen im Hinblick auf ihre Forschungsaufgaben erhalten bzw. wiederherstellen und auf die Koordination zwischen Forschungseinrichtungen in verschiedener Trägerschaft hinwirken. Das Interesse an der Verwertung der Ergebnisse darf nicht in wissenschaftsfremde Arbeitsvorgaben umschlagen. Erst die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung dürfen in den politischen Entscheidungsprozeß eingebracht werden, dürfen diesen aber auch nicht ersetzen. Zugleich hat der Staat die Aufgabe, die Rolle von Wissenschaft und Forschung für unsere Gesellschaft im kulturellen Vermittlungsauftrag der Schule angemessen sicherzustellen.

Förderung
der Kunst
und Bewahrung des
kulturellen Erbes

In einer weitgehend von der Technik geprägten Umwelt ist Kunst als Ausdruck schöpferischer Freiheit ein besonders notwendiges Element. Die Christlich Soziale Union tritt für Bedingungen ein, die die freie Entfaltung künstlerischer

Begabungen auf allen Gebieten fördern. Sie lehnt es ab, die Förderung an politisches Wohlverhalten zu binden. Die Christlich Soziale Union wird in ihrer auf Freiheit gerichteten Politik dem Pluralismus in der Förderung der Kunst besondere Beachtung schenken. Politik soll kulturelles Erbe und volkstümliches Brauchtum lebendig erhalten und in das Leben des heutigen Bürgers einbeziehen.

Kultur kann sich nur in einem Klima der Freiheit entfalten. Diese Freiheit muß auch gegen den Versuch verteidigt werden, Meinungsmonopole der Gesellschaftskritik und Systemveränderung zu schaffen und durchzusetzen. Erst aus der Breite des Traditionsbezuges und aus der Weite des Weltverständnisses läßt sich eine zeitgemäße und zukunftsreiche Kultur verwirklichen, statt der raschen Anpassung an Zeitmoden und des atemlosen Verfolgens des jeweils Aktuellen. Diese breite Ausgangsposition erlaubt auch eine sehr viel stärkere Einbeziehung aller Bürger. Kultur ist immer, wenn sie Lebensräume schafft hat. Sache aller Bürger gewesen – nicht im Sinne eines laienhaften Mitproduzierens, sondern in der geistigen und materiellen Anteilnahme, als fördernde und empfängliche, aber auch selbstbewußte und kritische Partnerschaft.

Der drohende Verlust des geschichtlichen Bewußtseins erfordert sowohl Mut und Bekenntnis zum kulturellen Erbe wie auch eine kritische Haltung gegenüber einer nur äußerlichen Traditionspflege. Die Christlich Soziale Union tritt für die Wahrung und die Weiterentwicklung der besonderen kulturellen Traditionen Bayerns ein, die ihre Wurzeln im christlich-abendländischen Erbe haben. Sie schützt und bewahrt auch die Wesenszüge der bayerischen Teilstämme, der Altbayern, Franken, Schwaben und der Heimatvertriebenen.

Aufgabe des Staates gegenüber den Kunstschaffenden und für die Kulturpflege sind Ermunterung, materielle Förderung schöpferischer Impulse, die Anerkennung uneingeschränkter Freiheitsräume. Eine Kopplung zwischen Förderung und politischem Wohlverhalten wird ausdrücklich abgelehnt. Doch gibt es eine Grenze jenseits derer staatliche Förderung nicht zu verantworten wäre. Garantiert ist nur die Freiheit, nicht jedoch die Totalförderung aller kultureller Betätigung.

Sport ist ein unverzichtbarer Bestandteil von Erziehung und Bildung. Er trägt in allen Altersstufen zur Bereicherung des menschlichen Lebens bei, liefert einen wertvollen Beitrag zur Erhaltung der Gesundheit und erfüllt wichtige gesellschaftspolitische Funktionen. Die in eigener Verantwortung geleistete Arbeit der Sportvereine wird ergänzt und erleichtert durch die Förderung des Staates und der Kommunen.

Spiel und Bewegung sind Grundelemente menschlichen Lebens. Aus ihnen heraus hat sich der Sport entwickelt, dem neben seiner Rolle für die Erhaltung der Gesundheit wesentliche erzieherische und soziale Aufgaben zukommen. Daher entspricht es der von der Christlich Sozialen Union vertre-

Der Sport –
förderungswürdige
Ergänzung
von Erziehung
und Bildung

tenen ganzheitlichen Bildungsvorstellung, daß Sport ein unverzichtbarer Bereich von Erziehung und Bildung ist.

Der Sport vermag besonders Freude an der Bewegung, Bereitschaft zur Leistung und zur Verstärkung der menschlichen Beziehungen in jedem Lebensalter zu wecken. Er ermöglicht Spontaneität und Eigeninitiativen in einem zweckfreien Spielraum. Durch die Vermittlung vielseitiger sportlicher Fähigkeiten kann er den Menschen in die Lage versetzen, seine Freizeit sinnvoll zu gestalten und einen Ausweg aus der zunehmenden Vereinsamung zu finden. Darüber hinaus bietet der Sport besondere Gelegenheiten, soziale Verhaltensweisen durch freiwillige Einordnung in die vielfältigen Gemeinschaftsformen und Regeln des Sports zu entwickeln. So sind die Auswirkungen des Sports für den einzelnen in allen Lebensbereichen wünschenswert, für eine demokratische Gesellschaftsordnung sogar lebenswichtig. Die Christlich Soziale Union hält daran fest, die Sportvereine und -verbände nachhaltig zu fördern, damit sie ihre Aufgaben im Breiten- und Leistungssport in eigener Verantwortung und Selbstverwaltung erfüllen können. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen und Sportvereinen ist dabei anzustreben.

Soziale Marktwirtschaft – Ordnung ohne Alternative

Aufgabe der Wirtschaft ist es, dem Menschen zu dienen. Weil Freiheit unteilbar ist, bedingen wirtschaftliche, politische und persönliche Freiheit einander. Die Freiheit, etwas zu beginnen, zu leisten und aufzubauen, Eigentum zu erwerben, zu besitzen und zu veräußern, gehört zu den unabdingbaren Prinzipien unserer Wirtschaftsa- und Gesellschaftsordnung. Jahrzehntelange Erfahrung hat gezeigt, daß die Soziale Marktwirtschaft allen anderen Wirtschaftsordnungen überlegen ist. Die Christlich Soziale Union tritt daher entschlossen für die Erhaltung der Sozialen Marktwirtschaft und ein freies Unternehmertum ein. Sie wird ihre freiheitlichen und sozialen Komponenten weiterentwickeln.

Die Christlich Soziale Union will eine Wirtschaftsordnung, in der jeder Bürger das Recht auf einen freien Arbeitsplatz, seiner Ausbildung und seiner Leistung entsprechenden Arbeitsplatz, die Freiheit der Arbeitsplatzwahl, das Recht auf Absicherung der Risiken von Krankheit, Invalidität und Alter, ein Mitwirkungsrecht an der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Mitverantwortung am Arbeitsplatz hat. Nicht minder wichtig ist das Recht auf Eigentum. In einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung ist das Privateigentum an Produktionsmitteln einschließlich Grund und Boden unverzichtbar. Auch die Freiheit der Konsumwahl ist ein wirtschaftliches Grundrecht.

Unteilbarkeit
von persönlicher
und wirtschaftlicher
Freiheit

Die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft ist eine ökonomische Garantie der Freiheitsrechte aller Bürger. Sie ist daher eine wesentliche Bedingung einer am Prinzip Freiheit orientierten gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung. Die Soziale Marktwirtschaft hat bewiesen, daß sie diese Rechte am besten zu sichern weiß. Sie beruht auf Privateigentum, freiem Wettbewerb, Steuerung des Einsatzes der Produktionsmittel durch den Markt, durch Vertrags- und Koalitionsfreiheit, durch Tarifautonomie, Chancengerechtigkeit und optimale soziale Absicherung. Die Soziale Marktwirtschaft vereint größte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit einem Höchstmaß an individuellen Selbstverwirklichungschancen. Sie hat ein umfassendes soziales Sicherungssystem und einen weitgehenden sozialen Ausgleich ermöglicht.

Erst die freiheitliche Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft schafft die Voraussetzung für Entfaltung der privaten Initiative im Wirtschaftsgeschehen. Die Erfahrung zeigt, daß überall dort, wo die private Initiative für entbehrlich und der Unternehmer und seine Funktion für überflüssig erklärt werden, schon vom Ansatz her unüberwindbare wirtschaftliche Schwierigkeiten auftreten. Allen Versuchen sozialistischer Systemveränderer, die Soziale Marktwirtschaft auszuhöheln, die Privatwirtschaft zugunsten einer verstärkten Staatswirtschaft zurückzudrängen und den Unternehmer zu dif-

famieren und abzuschaffen, tritt deshalb die Christlich Soziale Union nachdrücklich entgegen. Unternehmerische Leistung, die Bereitschaft einzelner zum Risiko und die Initiative auf breiter Basis haben in der Bundesrepublik Deutschland einen wirtschaftlichen Aufbau ohne Beispiel ermöglicht. Diese Faktoren werden auch in Zukunft unentbehrlich sein, wenn es darum geht, die mittel- und langfristigen wirtschaftlichen Probleme zu bewältigen.

Sozialer Friede
durch gesundes
Wachstum

Für die Christlich Soziale Union sind angemessenes reales Wachstum, Vollbeschäftigung und Preisstabilität unerlässliche Voraussetzungen für den Bestand der sozialen Sicherheit und Leistungsfähigkeit. Der Überforderung der Wirtschaft durch die Verteilungskämpfe der gesellschaftlichen Gruppen und durch die Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand ist entgegenzutreten. Die Christlich Soziale Union ist der Ansicht, daß wirtschaftliches Wachstum, Vollbeschäftigung und Preisstabilität bei außenwirtschaftlichem Gleichgewicht mit einem der Sozialen Marktwirtschaft konformen Instrumentarium erreicht werden können.

Diejenigen Kritiker unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die den Verzicht auf Wachstum predigen, übersehen, daß es ohne Wirtschaftswachstum nicht möglich sein wird, den sozialen Status zu sichern, die Zukunftsinvestitionen zu finanzieren und die Verteilungsgerechtigkeit zu verbessern. Die Auswirkungen eines ungenügenden oder ganz ausbleibenden Wachstums werden in ihrer verhängnisvollen Wirkung verstärkt durch die zerstörerischen Folgen der Inflation. Die Lasten für die Bewahrung der Stabilität müssen von allen gesellschaftlichen Gruppen und den öffentlichen Haushalten gemeinsam getragen werden. Dabei dürfen aber die notwendigen privaten und öffentlichen Investitionen zur Sicherung unserer wirtschaftlichen Zukunft nicht vermindert, sie müssen gesteigert werden. Mit Rezepten des vergangenen Jahrhunderts sind die wirtschaftlichen Fragen im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts nicht zu beantworten. Deshalb kommen für die Christlich Soziale Union Investitionskontrolle oder Investitionslenkung keinesfalls in Frage, weil dadurch die Gefahr ökonomischer Fehlscheidungen nur erhöht wird. Auch eine weitere Erhöhung des Anteils des Staates lehnt die Christlich Soziale Union ab, weil dadurch die Leistungsfähigkeit des Gesamtsystems zusätzlich beeinträchtigt wird. Die Verstaatlichung von Unternehmen ist kein volkswirtschaftlich vernünftiger Ausweg aus Krisen. Sie führt lediglich zur Erhaltung überholter wirtschaftlicher Strukturen zu Lasten des Steuerzahlers und verringert die Anpassungsbereitschaft der Unternehmen an den technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel.

Freiheitliche
Wettbewerbsordnung

Die Christlich Soziale Union tritt für eine konsequente Wettbewerbspolitik ein, die die Aufrechterhaltung und Belebung eines funktionsfähigen Wettbewerbs zwischen Klein-, Mittel- und Großunternehmen gewährleistet und den Mißbrauch von Marktmacht bekämpft.

Der wirtschaftliche Wettbewerb ist der Motor der Marktwirtschaft. Es ist Aufgabe des Staates, die Rahmenbedingungen des Wettbewerbs zu garantieren und systemwidrige Beschränkungen des Wettbewerbs zu verhindern. Dazu dienen Kartellverbot, Fusionskontrolle und Mißbrauchsaufsicht, aber auch die Verbesserung der Wettbewerbsstruktur durch die Förderung der Kooperation kleiner und mittlerer Unternehmen. Wettbewerbspolitik dient dem Schutz des Prinzips der Freiheit bei der wirtschaftlichen Betätigung. Sie darf daher nicht zur Verhaltenskontrolle entarten oder als Instrument des Dirigismus mißbraucht werden.

Wettbewerbspolitik dient in gleicher Weise dem Schutz des Verbrauchers. Verbraucherpolitik hat die Herstellung und Sicherung von Chancengerechtigkeit auf dem Markt zum Ziel. Durch eine Fortentwicklung des Wirtschaftsrechtes ist die Marktstellung des Verbrauchers zu verbessern. Unseriöse Geschäftspraktiken sind zu bekämpfen. Eine sachgerechte Produktinformation nützt allen am Marktgeschehen Beteiligten. Verbraucherpolitik darf aber nicht ihrerseits zu einer Gängelung der Konsumenten oder zu einer Propaganda gegen die Marktwirtschaft führen.

Der Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsbedingungen in allen Landesteilen dient eine abgestimmte Strukturpolitik. Steuerpolitik und konjunkturpolitisches Instrumentarium sowie raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen müssen den regional unterschiedlichen Strukturen Rechnung tragen.

Ausgewogene
Strukturpolitik

Bei der gesamtpolitischen Aufgabe der Entwicklung der ländlichen Räume kommt Bayern eine Sonderstellung zu. Das bayerische Zonenrandgebiet und das ostbayerische Grenzland sind durch die fortdauernden Folgen der deutschen Teilung unter Absperrung des Eisernen Vorhangs weiterhin in besonderer Weise betroffen und benachteiligt. Eine Ausgewogenheit der Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur dient der Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsbedingungen ebenso wie der gesellschaftlichen Stabilität, die auf den Beitrag der Menschen in den wirtschaftlich schwach strukturierten Räumen nicht verzichten kann. Die Bemühungen um eine Verbesserung der Qualität der Arbeitsplätze müssen fortgesetzt werden. Bei Maßnahmen der Arbeitsplatzbeschaffung muß der Dienstleistungssektor einbezogen werden, insbesondere aber auch das Standortverhalten der öffentlichen Hand. In der Industriepolitik ist im Zeichen verringerter Wachstumsvermutungen die Sicherung bestehender Arbeitsplätze gleichrangig mit Maßnahmen der Anpassung in solchen Bereichen, die vom Strukturwandel betroffen sind. Orientierungshilfen und Förderungsmaßnahmen als Hilfe zur Selbsthilfe stellen für die Christlich Soziale Union die Strategie des Strukturwandels zwischen dirigtischer Investitionslenkung und bloßem Treibenlassen dar.

Vorausschauende Energie- und Rohstoffpolitik

Die Knappheit der Rohstoffe und die Begrenztheit der Energiereserven stellen eine ständige Bewährungsprobe für die Anpassungsfähigkeit der Marktwirtschaft und eine Herausforderung an Forschung und Technologie dar. Sparsamer Umgang und Wiederverwertung von Rohstoffen, Kampf gegen Energieverschwendung und die weltweite Suche nach neuen Energien werden diese Aufgabe bewältigen helfen.

Zur langfristigen Sicherung der Versorgung unserer Volkswirtschaft mit Energie und Rohstoffen bedarf es gemeinsamer Anstrengungen von Staat und Wirtschaft. Die Christlich Soziale Union fordert eine Erforschung und Sicherung einheimischer Bodenschätze. Sie fordert eine vorrangige Förderung der Energieforschung, um die Entwicklung neuer Energiequellen zu beschleunigen und alle Nutzungsmöglichkeiten der heimischen Energieträger Steinkohle und Braunkohle zu erforschen. Eine Diversifizierung der Energieeinfuhren verringert das politische Versorgungsrisiko. Die Kosten der Energiesicherung müssen wettbewerbsneutral aufgebracht werden. Zur Sicherung der nationalen Energieversorgung ist die Errichtung weiterer Kernkraftwerke unerlässlich. Der Bau dieser Anlagen muß so erfolgen, daß die Umwelt voll geschützt wird.

Die Möglichkeiten der Energieeinsparung müssen von allen Beteiligten genutzt werden. Die Rückgewinnung von Rohstoffen ist zu fördern.

Die Anstrengungen auf nationaler Ebene müssen durch die Solidarität der Industriestaaten und eine möglichst enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Rohstoff- und Energieerzeugungsländern im Rahmen ungehinderter Handelsbeziehungen und eines freien Zwischenverkehrs abgesichert werden. Die Christlich Soziale Union fordert, daß die Europäische Gemeinschaft auf diesem Gebiet den ihr zukommenden Auftrag erfüllt.

Marktwirtschaftliche Verkehrspolitik

In der Verkehrspolitik hat für die Christlich Soziale Union die raumpolitische Komponente besondere Bedeutung. Dies gilt für alle Bereiche des Verkehrs, insbesondere für den Schienen- und Straßenverkehr. Die Erschließungsfunktion von Verkehrswegen wird als gleichrangig mit der Sicherstellung des Verkehrsablaufes angesehen.

Bayern als Flächenstaat mit Randlage in der Bundesrepublik und in der Europäischen Gemeinschaft ist auf eine komplette Verkehrsinfrastruktur, leistungsfähige Anschlüsse an das deutsche und europäische Verkehrsnetz und auf wirtschaftlich tragbare Transportarten angewiesen. Bayern braucht eine tatkräftige Fortsetzung des Ausbaus des Straßennetzes. Ein leistungsfähiges Eisenbahnnetz muß erhalten bleiben. Bei allen Überlegungen von Streckenstilllegungen ist die besondere Randlage Bayerns zu berücksichtigen. Ein Gesamtverkehrsplan hat den Ausbau der verschiedenen Verkehrsnetze aufeinander abzustimmen.

Die Christlich Soziale Union tritt für einen geordneten Verkehrsmarkt ein, der sich an marktwirtschaftlichen Grundsätzen ausrichtet. Verkehrsträger sollen ihre Kosten grundsätzlich selbst erwirtschaften. Leistungs- und Preisauflagen der öffentlichen Hand sind abzugelten. In den Ballungsgebieten ist der öffentliche Personennahverkehr attraktiver zu gestalten, ohne daß deshalb in dünn besiedelten ländlichen Räumen die Förderung des Individualverkehrs unterbleibt. Im Bereich der Verkehrspolitik ist eine Harmonisierung in der Europäischen Gemeinschaft besonders vordringlich.

Die Erhaltung und Stärkung des Mittelstands und der Mittelschichten ist für die Christlich Soziale Union ein wichtiger Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Ausgeglichenheit, zu gesellschaftlicher Stabilität, wirtschaftlicher Leistungskraft und Anpassungsfähigkeit.

Bei der notwendigen Förderung des Mittelstands und der Mittelschichten geht es nicht um Zugeständnisse an Gruppen, sondern um eine politische Strategie zur Sicherung der Anpassungs- und Leistungsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung und unserer freiheitlichen Gesellschaft. Eine breite und leistungsfähige Mittelschicht von Selbständigen in Handel, Handwerk und Gewerbe, in den freien Berufen sowie von Angehörigen des unselbständigen Mittelstands, ist eine wesentliche Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit und den Bestand der freiheitlichen Gesellschaft. Eine zukunftsorientierte Mittelstandspolitik zielt darauf ab, die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen soweit zu verbessern, wie es notwendig ist, um diesen Unternehmen die Wahrnehmung ihrer vielfältigen Funktionen in der Sozialen Marktwirtschaft zu ermöglichen. Sie hat die strukturellen Nachteile der Unternehmen des gewerblichen Mittelstands gegenüber den Großunternehmen durch Maßnahmen auf dem Gebiet der Steuerpolitik, der Wettbewerbspolitik, der Kreditpolitik, des öffentlichen Auftragswesens und durch eine Verbesserung der Betriebsberatung auszugleichen. Der mittelständischen Wirtschaft muß der Zugang zu den internationalen Märkten erschlossen und erleichtert werden. Die ganze Breite der Gesetzgebung und des Verwaltungshandels ist auf ihren Mittelstandseffekt zu prüfen. Alle sinnvollen Möglichkeiten zur Reprivatisierung von Aufgaben der öffentlichen Hand sind wahrzunehmen. Mittelstandsbanken in einer dynamischen Wirtschaft kann nicht jede einzelne mittelständische Existenz garantieren, aber sie muß den Selbständigen eine faire Chance geben, sich aus eigener Kraft im ökonomischen Wandel zu behaupten. Der Zugang zur selbständigen Betätigung muß offengehalten werden.

Die Christlich Soziale Union wendet sich mit Entschiedenheit gegen Bestrebungen, den Wirkungskreis der freien Berufe zugunsten von vergesellschafteten Dienstleistungsorganisationen einzuengen.

Mittelschichtenpolitik als gesellschaftspolitische Strategie

Die wachsende Schicht der Fach- und Führungskräfte hat entscheidenden Anteil am wirtschaftlichen Erfolg und an der sozialen Dynamik. Ihr überdurchschnittlicher Beitrag an der Gesamtwirtschaft muß durch eine leistungsgerechte Besteuerung und durch Mitwirkungsrechte anerkannt und gefördert werden. Diese Berufsschicht ist neben den unternehmerisch und freiberuflich Selbstständigen die dritte Säule des modernen Mittelstands.

Moderne
Agrarpolitik
für einen
freien Bauernstand

Die Christlich Soziale Union sieht die Agrarpolitik als wesentlichen Bestandteil der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Ziel ihrer Politik ist die Erhaltung einer bäuerlich betriebenen Landwirtschaft und des bäuerlichen Berufsstandes als Teil eines freien und selbständigen Mittelstands.

Eine bäuerliche Landwirtschaft gewährleistet am besten die Sicherung der Ernährung unserer Bevölkerung und die Erzeugung hochwertiger Agrarprodukte. Sie ist Voraussetzung für die Pflege der Kulturlandschaft und für eine organische Entwicklung der ländlichen Gebiete als Lebens- und Erholungsraum. Der Bauer soll auf der Grundlage frei verfügbaren Eigentums freier Unternehmer und möglichst unabhängig vom Staat bleiben. Er soll Anteil haben an der allgemeinen Einkommensentwicklung.

Eine leistungsfähige, bäuerlich strukturierte Landwirtschaft ist ein wichtiges Element unserer Volkswirtschaft. Soll Agrarpolitik erfolgreich sein, muß sie stets den gesamtwirtschaftlichen Rahmen sehen. Die Bedeutung unserer Landwirtschaft wächst: Qualitativ hochwertige Nahrungsgüter werden auf den Weltmärkten knapp und teuer; die Sicherung einer gesunden Ernährung wird zur wichtigsten Aufgabe moderner Agrarpolitik; in Zeiten zunehmender Abhängigkeiten wächst die Bedeutung breitgestreuten Eigentums; Probleme der Erhaltung einer intakten Landschaft und einer gesunden Umwelt rücken in den Vordergrund. Daraus ergeben sich für die Agrarpolitik der Christlich Sozialen Union die Leitlinien. Die Christlich Soziale Union wird den „Bayerischen Weg“ der Agrarpolitik fortsetzen; er ist darauf gerichtet, den Haupt- und Nebenerwerbslandwirten durch partnerschaftliche Zusammenarbeit gleichwertige Chancen zu bieten und eine breite Eigentumsstreuung zu gewährleisten.

Es ist Aufgabe der Agrarpolitik, die Erzeugung von Nahrungsmitteln in ausreichender Menge zu sichern und die Voraussetzungen für eine gesunde Ernährung der Mitbürger zu schaffen. Die Agrarpolitik soll zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Lande und zur Erhaltung der Kulturlandschaft beitragen. Das Land soll auch in Zukunft attraktiver Lebens- und Erholungsraum bleiben. Voraussetzung dafür ist eine leistungsfähige Land- und Forstwirtschaft; beide bieten die Gewähr für ausreichende Produktion und für das Gleichgewicht des Naturhaushalts.

Die Christlich Soziale Union bekennt sich auch im Agrarbereich zum Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft, zum freien Unternehmertum und zum Wettbewerb. Die Besonderheiten der Agrarwirtschaft, insbesondere der Ausgleich naturbedingter Schwankungen der Produktion, der Schutz der heimischen Erzeuger und Verbraucher vor Schwankungen auf dem Weltmarkt und die Ernährungssicherung erfordern jedoch vom Staat marktordnende Eingriffe und eine ausreichende Vorratshaltung. Die Landwirtschaft soll an der allgemeinen Einkommensentwicklung voll teilnehmen. Grundsätzlich sollen die Einkommen der Land- und Forstwirtschaft auf dem Markt und damit über den Preis erwirtschaftet werden. Zusätzlich sind durch Bereitstellung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze weitere Einkommensmöglichkeiten anzubieten. Staatliche Ausgleichszahlungen sind dort zu gewähren, wo an ungünstigen Standorten die Landbewirtschaftung im öffentlichen Interesse aufrechterhalten werden muß. Die Agrarpolitik soll in Verbindung mit der regionalen Politik günstige Bedingungen für das Leben auf dem Lande schaffen. Die strukturelle Anpassung der Land- und Forstwirtschaft ist zu erleichtern. Dirigistische Eingriffe in die Strukturentwicklung, wie beispielsweise die Festlegung einer Förderungsachse, werden aber abgelehnt. Produktion und Vermarktung sind unter Beachtung der Versorgungslage und der Qualitätsanforderungen zu rationalisieren. Die Förderung von Investitionen muß sich an der Wirtschaftlichkeit orientieren. Die sozialen und wirtschaftlichen Probleme in der Land- und Forstwirtschaft erfordern eine enge partnerschaftliche Zusammenarbeit der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte.

Die Christlich Soziale Union sieht in der Förderung der bäuerlichen Selbsthilfeeinrichtungen und in einer zeitgemäßen Bildung und Beratung der Landwirte einen agrarpolitischen Schwerpunkt. Die Menschen in der Land- und Forstwirtschaft haben wie alle anderen Bevölkerungsgruppen ein Anrecht auf soziale Sicherheit. Die agrarsoziale Gesetzgebung ist weiter auszubauen.

Die Garantie des bäuerlichen Eigentums ist wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaftsordnung. Die Christlich Soziale Union bekennt sich zur sozialen Bindung des Eigentums und tritt für einen sachgerechten Ausgleich zwischen Allgemeinwohl und den berechtigten Interessen der Landwirtschaft ein. Eine Trennung des Eigentums in ein Verfügungs- und Nutzungseigentum und die Einführung einer besonderen Bodenwertzuwachssteuer werden abgelehnt.

Die Schwerpunkte der Steuerpolitik müssen nach Meinung der Christlich Sozialen Union in einer Verwirklichung des Grundsatzes der leistungsgerechten Besteuerung liegen. Dazu gehört der Abbau steuerrechtlicher Wettbewerbsverzerrungen und die Vereinfachung des Steuerrechts. Hauptsächliche Aufgabe der Finanzpolitik ist nach wie vor, die

Leistungsgerechte
Steuer- und
Finanzpolitik

für die Erfüllung der staatlichen Aufgaben erforderlichen Mittel zu beschaffen und für ihre sparsame und zweckmäßige Verwendung zu sorgen. In der Haushaltspolitik tritt die Christlich Soziale Union ein für Haushaltswahrheit, Haushaltsklarheit und Sparsamkeit als verbindliche Grundsätze öffentlicher Ausgabenpolitik.

Die Steuern sind den wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Ertragsunabhängige Steuern dürfen nicht zur Verminderung der Unternehmenssubstanz führen und notwendige Investitionen be- oder gar verhindern. Die Steuerbefreiung gemeinnütziger Unternehmen, insbesondere bei der Körperschaftsteuer darf nicht zu ungerechtfertigter Wettbewerbsverzerrung und zu Vermögenskonzentration führen. Subventionen dürfen nicht der Konservierung überholter Strukturen dienen. Ihre Gewährung zur Anpassung an ökonomische oder soziale Datenveränderung muß zeitlich begrenzt werden. Forschung und Entwicklung sind steuerlich stärker zu fördern, um das Wachstumspotential unserer Volkswirtschaft langfristig zu sichern. Auf europäischer Ebene setzt sich die Christlich Soziale Union für eine beschleunigte Steuerharmonisierung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ein, um Wettbewerbsnachteile für die deutsche Wirtschaft abzubauen und die Zusammenarbeit von Unternehmen über die Grenzen hinweg zu erleichtern.

Die zahlreichen an die Finanzpolitik gestellten Nebenforderungen dürfen nicht zu einer Verfälschung von Sinn und Zweck echter Finanzpolitik führen. Die Finanzpolitik darf nicht in den Dienst der Gesellschaftsveränderung im Sinne sozialistischer Pläne gestellt werden. Die Christlich Soziale Union lehnt eine Sozialisierung des Leistungseinkommens durch eine ständig steigende Staatsquote aus Steuern, Pflichtbeiträgen und Abgaben nachdrücklich ab. Die Staatsquote ist auf ein volkswirtschaftlich vertretbares Maß zu begrenzen.

In der Haushaltspolitik tritt die Christlich Soziale Union dafür ein, daß die Ausgabenpolitik auf die Bedürfnisse einer antizyklischen Konjunktursteuerung Rücksicht nimmt. Daher sollte der Ausgabenanstieg im Durchschnitt einer Konjunkturperiode grundsätzlich nicht höher sein als der Durchschnitt des jährlichen Zuwachses des realen Brutto-sozialproduktes.

Notwendig ist eine Umstrukturierung des Staatshaushalte auf der Grundlage klarer politischer Prioritäten mit dem Ziel größeren wirtschaftlichen Nutzens. Das bedeutet eine Erhöhung der für Investitionen bestimmten Staatsausgaben. In der gesamtwirtschaftlichen Aufgabenerfüllung müssen Sachplanung und Finanzplanung gleichgeschaltet werden.

Personale Entfaltung und soziale Sicherheit in einer freien Gesellschaft

Die Gesellschafts- und Sozialpolitik der Christlich Sozialen Union, gegründet auf den Prinzipien der Solidarität und der Chancengerechtigkeit orientiert sich am Leitbild des selbstverantwortlichen Bürgers, ist Hilfe zur Selbsthilfe und bejaht die Politik der sozialen Gerechtigkeit. Dabei müssen die gesellschaftlichen und sozialen Rechte und Pflichten vorrangig geordnet werden, statt nachträglich mit Einzelmaßnahmen einzugreifen.

Die Christlich Soziale Union tritt für eine soziale Ordnung ein, in der der einzelne der Gemeinschaft ebenso verpflichtet ist wie die Gemeinschaft dem einzelnen. Der einzelne darf daher von der Gemeinschaft nicht aus jeglicher persönlicher Verantwortung entlassen werden. Nur eine durch Selbstverantwortung geprägte Gesellschaft wird die finanziellen Mittel aufbringen können, um denen zu helfen, die sich selbst nicht helfen können.

Grundprinzipien der Sozialpolitik

Das System der sozialen Sicherung muß nach Ansicht der Christlich Sozialen Union unter Beibehaltung des gegliederten Systems der sozialen Sicherung und der bewährten Selbstverwaltung im Rahmen des finanziell Möglichen weiter ausgebaut werden.

Gegliedertes System der sozialen Sicherung

Das in der Bundesrepublik Deutschland durch die Politik der Christlich Sozialen Union mitgeschaffene System der sozialen Sicherung hat einen Stand erreicht, der den Bürger umfassend gegen die Wechselfälle des Lebens sichert. Das System der sozialen Sicherung muß nach Ansicht der Christlich Sozialen Union die Bereitschaft zur Selbstverantwortung stärken und Mißbrauch verhindern. Allerdings läßt sich der über Steuern und Sozialabgaben abzuschöpfende Teil des volkswirtschaftlichen Ertrages nicht unbegrenzt steigern. Nach Meinung der Christlich Sozialen Union kommt es in Zukunft darauf an, den erreichten Stand der sozialen Sicherung zu halten und dem Kostenanstieg wirksam zu begegnen. Neben kostensenkenden Maßnahmen wird dies vor allem eine Stärkung der Eigenverantwortung verlangen. Das System der sozialen Sicherung muß wieder als Solidargemeinschaft begriffen werden. Das bedeutet, daß es von sachfremden Aufgaben freizuhalten ist und daß der Mißbrauch zu Lasten der Versicherungsgemeinschaft zu verhindern ist. Umgekehrt ist verantwortungsvolles Verhalten dadurch zu fördern und zu honorieren, daß auch in der Beitragsgestaltung die Bereitschaft zur Selbsthilfe unterstützt wird.

Die Christlich Soziale Union betrachtet die Gesundheitspolitik als wesentlichen Teil einer freiheitlichen Gesellschaftspolitik. Sie erstreckt sich auf das ganze Leben, vom Schutz des noch nicht Geborenen bis zu den Pro-

Gesundheitspolitik für alle Bürger

blemen des alten Menschen. Gesundheit ist eine wichtige Voraussetzung für die volle Entfaltung des Menschen. Dabei kommt dem Sport auf breiter Basis große Bedeutung zu.

Im Vordergrund der gesundheitspolitischen Forderungen steht die individuelle medizinische Versorgung des gesunden Menschen, dessen Gesundheit erhalten und gestärkt werden soll; des kranken Menschen, dessen Gesundheitsstörung beseitigt werden soll; des behinderten Menschen, dessen bleibende Funktionsstörung ausgeglichen oder gemildert werden soll; des Hilftlosen, dem ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht werden soll.

Ziele christlich-sozialer Gesundheitspolitik sind deshalb: Schutz der Gesundheit des einzelnen und der Allgemeinheit vor Gefahren; Stärkung der Eigenverantwortung durch Aufklärung und Information des Bürgers über Gefahren, die er selbst meiden kann, um seine Eigenverantwortung zu stärken; Durchführung und Ergänzung aller Schutzbestimmungen nach neuesten Erkenntnissen für den arbeitenden Menschen; Durchführung von Vorsorgeuntersuchungen; Hilfe bei Gesundheitsschäden; Förderung der Rehabilitation; ein umfassendes und ausgewogenes, am Bedarf orientiertes ärztliches, ambulantes und stationäres Angebot in bestmöglicher regionaler Verteilung. Dazu bedarf es des freien ärztlichen Berufes und der freien Arztwahl, eines leistungsfähigen und wirtschaftlichen Systems der Gesundheitsversicherung. Dieses muß sowohl ein umfassendes ärztliches und medizinisches Angebot in bestmöglicher regionaler Verteilung gewährleisten wie auch gleiche Möglichkeiten für alle, dieses Angebot – unabhängig von wirtschaftlicher, sozialer und möglichst auch geographischer Lage – wahrnehmen zu können. Die Christlich Soziale Union tritt in der Gesundheitspolitik ein für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Bürger und Arzt, von Selbstverwaltungsorganen und Staat. Nach Meinung der Christlich Sozialen Union ist ein von außen unbeeinflusstes Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Arzt unabdingbare Voraussetzung für die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit. Die Christlich Soziale Union lehnt alle Gesundheitssysteme ab, die sich als Mittel zur Erreichung ideologisch-politischer Ziele verstehen.

Durch die staatliche Krankenhausplanung muß ein funktionell abgestuftes, bedarfsgerechtes Netz öffentlicher, freigemeinnütziger und privater Krankenhäuser, die über das Staatsgebiet verteilt sind, geschafften werden. Sie müssen nach Bau, Ausstattung und Organisation den ihnen innerhalb des Gesamtplans zugeordneten Aufgaben entsprechen. Eine wirtschaftliche Krankenhausversorgung setzt moderne innere Strukturen der Krankenhäuser voraus. Diese sind von den Krankenhausträgern im Wege der Selbstverwaltung zu regeln und zu verwirklichen.

Die besorgniserregend gestiegenen Ausgaben für die Gesundheitsversicherung zwingen zu kostenmindernden Maß-

nahmen. Unter Beibehaltung des bewährten Systems der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung wird dabei einer Stärkung der Eigenverantwortung des einzelnen Versicherten wesentliche Bedeutung zukommen. Nicht zuletzt muß die Krankenversicherung von sachfremden Aufgaben freigehalten werden.

Die Christliche Soziale Union sieht im Sport die unverzichtbare Chance jedes einzelnen, einen wesentlichen Beitrag zur eigenen Gesundheit zu leisten und durch die Erfahrung der körperlichen Leistungsfähigkeit ein gesteigertes Lebensgefühl zu gewinnen. Bei dem Bewegungsmangel und Streß zeitgenössischer Lebensbedingungen erlangen die vorbeugenden Werte vernünftiger sportlicher Betätigung immer größeres Gewicht. Sonderbereiche, wie z.B. Senioren- oder Behindertensport, verdienen besondere Förderung.

Persönliches, individuell verfügbares Eigentum dient der Sicherung und Ausweitung persönlicher Unabhängigkeit. Die Voraussetzungen hierfür zu schaffen und zu sichern, stellt ein wichtiges Ziel der freihelflichen Gesellschaftspolitik der Christlich Sozialen Union dar.

Persönliches Eigentum erweitert nicht nur den Freiheitsraum des einzelnen, es erleichtert auch die Anpassung an wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen. Eigentum für jeden ist allerdings nicht durch Umverteilung bestehender Vermögenswerte zu erreichen. Neben der Förderung von Haus- und Wohneigentum muß in Zukunft eine stärkere Beteiligung breiter Arbeitnehmerschichten am neu entstehenden Produktivvermögen verwirklicht werden. Die Christlich Soziale Union erstrebt die Bildung von individuell verfügbarem Vermögen. Sie lehnt die Bildung von anonymen, fremdgesteuerten Fonds ab. Die Christlich Soziale Union fordert, daß staatlich geförderte Vermögensbildung auf Freiwilligkeit und Freiheit der Anlageform sowie auf Personen- und Betriebsbezogenheit beruhen muß.

Die Christlich Soziale Union ist für die Weiterentwicklung einer partnerschaftlichen, funktionsgerechten und in vollem Einklang mit dem Grundgesetz stehenden Mitbestimmung und Mitverantwortung. Mitbestimmung hat die Mitwirkungsmöglichkeiten der Betriebsangehörigen zu stärken. Ziel der Mitbestimmung darf es nicht sein, die Macht außerbetrieblicher Organisationen zu stärken.

Die Mitbestimmung als funktionsgerechte Teilhabe der Arbeitnehmer an den wesentlichen Entscheidungen der Arbeitswelt umfaßt die Mitbestimmung des einzelnen am Arbeitsplatz, die Mitbestimmung im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes und die Mitbestimmung auf Unternehmensebene als echtes Mitgestaltungsrecht. Bei der Mitbestimmung auf Unternehmensebene muß die Entwicklung des Unternehmens zur Erfüllung seiner funktionalen Aufgaben im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft einschließ-

lich der Sicherung der Arbeitsplätze im Vordergrund stehen. Die Gleichwertigkeit und Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit als Folge der Partnerschaft muß im Gesamtgefüge und in der Gesamtwirkung von Betriebs- und Unternehmensverfassung bewertet und gewährleistet sein.

Die Christlich Soziale Union tritt für eine Mitbestimmung ein, die dem Arbeitnehmer mehr Selbstbestimmung bringt, einen wirkungsvollen Minderheitenschutz – auch der leitenden Angestellten – garantiert, die Funktionsfähigkeit der Unternehmen nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen sicherstellt und den Betriebsangehörigen die Urwahl ihrer Vertreter in den Aufsichtsrat sichert.

Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Die Christlich Soziale Union setzt sich für eine weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen ein, damit der einzelne Arbeitnehmer an einem menschengerechten Arbeitsplatz sich besser entfalten und Arbeitsvorgänge mitgestalten kann. Je größer die Möglichkeit des einzelnen zur persönlichen Entfaltung im Berufsleben ist, desto intensiver wird die Bereitschaft sein, individuelle Begabung zu nutzen und persönliche Leistungsfähigkeit eigenständig zu entwickeln.

Die arbeitsteilige Gesellschaft ist durch Spezialisierung, Rationalisierung und Automation gekennzeichnet. Vor allem deshalb ist eine weitere Verbesserung der Arbeitswelt eine wichtige Aufgabe von Staat, Gesellschaft und Sozialpartnern. Dazu gehören die Anwendung gesicherter arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse, erhöhte Arbeitssicherheit, verstärkter Gesundheitsschutz, besserer Schutz vor körperlicher und geistiger Überforderung, Einführung eines kooperativen Personalführungssystems, Maßnahmen zur Arbeitserleichterung und Arbeitsbereicherung sowie Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung.

Darüber hinaus strebt die Christlich Soziale Union bei der Verbesserung der Arbeitswelt mehr Freiheits- und Verantwortungsspielraum und mehr persönliche Anerkennung durch stärkeren sozialen Kontakt am Arbeitsplatz an. Selbstbestimmung und Eigenverantwortung sind die entscheidenden und zukunftsweisenden Motivationen zu mehr Leistung und erhöhter Zufriedenheit mit der Arbeit. Je größer die Chance des einzelnen zur Selbstverwirklichung im Arbeitsleben ist, um so intensiver wird die Bereitschaft und Fähigkeit sein, Begabung und Leistung voll zu entfalten.

Tarifaufonomie gewerkschaftlicher Pluralität, Selbstverwaltung

Die Christlich Soziale Union verteidigt die Tarifaufonomie und bekennt sich zur gewerkschaftlichen Pluralität als wesentlichem Bestandteil einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Ebenso tritt sie für die Beibehaltung der bewährten Selbstverwaltung der Wirtschaft ein.

Die Freiheit der Sozialpartner darf nicht angetastet werden. In der modernen Industriegesellschaft haben die wirtschaftspolitischen Verbände, insbesondere die Ge-

werkschaften und Unternehmerverbände eine bedeutende Funktion bei der Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen und bei der Wahrung des sozialen Friedens. Aus ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Macht ergibt sich eine Sozialbindung ihres Handelns.

Die bewährten Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft sind im Interesse einer Entlastung des Staates noch besser zu nutzen und weiter auszubauen. Wirtschafts- und Sozialräte zur Mitbestimmung der Wirtschaftspolitik verwirklichen die Verantwortung der Regierung und schmälern die Rechte des Parlaments; sie werden daher von der Christlich Sozialen Union abgelehnt. Die Christlich Soziale Union wird prüfen, ob die öffentlich-rechtliche Vertretung der Arbeitgeber durch die Industrie- und Handelskammern und durch die Handwerkskammern der Ergänzung durch eine öffentlich-rechtliche Vertretung der Arbeitnehmer durch Arbeitskammern bedarf.

Die ausländischen Arbeitnehmer haben gleiche Rechte und Pflichten im Arbeitsleben wie ihre deutschen Kollegen. Die Christlich Soziale Union tritt dafür ein, ihnen während ihres Aufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse zu sichern und ihre gesellschaftliche Integration zu ermöglichen.

Gleiche Rechte
und Pflichten
für ausländische
Arbeitnehmer
im Arbeitsleben

Die soziale und kulturelle Betreuung der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik muß dringend verbessert werden. Man muß ihnen helfen, hier in menschenwürdigen Lebensverhältnissen zu leben, aber auch die Rückkehr in ihre Heimat offenzuhalten und zu erleichtern. Auf lange Sicht ist aus arbeitsmarktpolitischen und entwicklungspolitischen Gründen eine Verringerung der Zahl ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland anzustreben.

Sozialpolitik für alle Bevölkerungsgruppen

Die Christlich Soziale Union tritt für eine Gesellschaftsordnung ein, in der jeder einzelne, Mann und Frau, junge und alte, gesunde und kranke Menschen sich frei entfalten können und ihren Platz und ihre Aufgaben haben.

Der Familie, als der wichtigsten Lebensgemeinschaft in Gesellschaft und Staat, kommt eine besondere Bedeutung zu. Die Probleme, die sich für die einzelnen und für das Zusammenleben aller ergeben, müssen im Rahmen einer Solidargemeinschaft gelöst werden.

Die Bayerische Verfassung und das Grundgesetz gehen von einem Verständnis des Menschen aus, nach dem der einzelne und die Gemeinschaft in Solidarität miteinander verbunden sind. Die Persönlichkeit des Menschen entfaltet sich am besten, wenn Verantwortung für andere übernommen wird. Der Geist der Partnerschaft aller Glieder und Gruppen der Gesellschaft untereinander muß ein ständiges Ziel unserer gesellschaftlichen Entwicklung sein. Durch Beachtung des Prinzips der Subsidiarität ist der Vergesellschaftung des Menschen entgegenzuwirken.

Der einzelne und
die Gemeinschaft

Die Familie ist die erste und wichtigste Lebensgemeinschaft in Gesellschaft und Staat. Die Förderung der Familie, auch der Teilfamilie, ist die wirksamste Form aller Sozialpolitik, weil die Familie unersetzbare Leistungen für die Gesellschaft erbringt und für die besten Lebensbedingungen des einzelnen die Grundlage schafft.

Lebensgemeinschaft
Familie

Die Familie ist, vor allem durch ihre Erziehungsfunktion, die am stärksten prägende und für Gesellschaft und Staat wichtigste Lebensgemeinschaft. Ihre sichere Grundlage ist die Ehe. Die gesunde Familie bietet die Gewähr dafür, daß Kinder auf das Zusammenleben in der Gesellschaft vorbereitet werden und lernen, die verschiedenen Lebenssituationen durch partnerschaftliches Verständnis besser zu bewältigen. Durch die emotionale Zuwendung innerhalb der Familie wird dem einzelnen in besonderer Weise die Entwicklung zur Persönlichkeit ermöglicht.

Die Familie hat ein Recht auf eine befriedigende Existenzsicherung. Das gilt besonders in wirtschaftlichen Krisenzeiten mit steigenden Lebenshaltungskosten und der Gefahr der Arbeitslosigkeit. Die Solidargemeinschaft, die letztlich von den gesellschaftstragenden Funktionen der Familien lebt, muß bereit sein, diese Leistungen anzuerkennen und finanziell zu unterstützen. Dies gilt besonders auch für Alleinerziehende.

Deshalb sind Kindergeld und andere familienbezogene Hilfen, die Schaffung einer familien- und kinderfreundlichen Umwelt sowie Bildungs- und Beratungsangebote für Eltern, wichtige Beiträge zum Schutz der Familie.

Ein neuer Stellenwert der Familie, verbunden mit gezielter Familienförderung, weckt und stärkt den Willen zum Kind

und dient zugleich dem Schutz des ungeborenen Lebens. Nur so kann die Familie den Fortbestand unseres Volkes sichern.

Gleichberechtigung für die Frau

Der rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau muß die faktische Gleichberechtigung entsprechen.

Mann und Frau sind nach unserer Verfassung gleichberechtigt. Sie leisten einen gleichwertigen Beitrag für den Bestand und die Fortentwicklung unserer Gemeinschaft. Sie müssen deshalb an der Gestaltung des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens gleichen Anteil haben. Die rechtliche Gleichstellung muß in den beruflichen Aufstiegschancen, in der Anerkennung der eigenständigen Leistung der Frau bei der Kindererziehung, bei der Pflege von Kranken- und Behinderten, in der Familie und in der Haushaltsführung ihre Ergänzung finden.

Die Christlich Soziale Union lehnt überkommene Rollenvorstellungen für Mann und Frau ebenso ab wie eine ideologisch propagierte Gleichmacherel. Eine Verbesserung der bisherigen Situation kann nur durch Abbau von Vorurteilen gelingen. Gesellschaft und Staat können zur Verwirklichung der Partnerschaft Hilfeleistungen bieten.

Weibliche Jugendliche sollen die vorhandenen Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten in gleicher Weise wie die männlichen Jugendlichen wahrnehmen. Gleiche Berufs- und Aufstiegschancen sowie gerechte Bewertung der Tätigkeit entscheiden wesentlich über die gesellschaftliche Stellung der Frau und die Möglichkeit der Selbstverwirklichung. Erst eine Ausbildung schafft Voraussetzung für eine echte Wahlfreiheit zur Gestaltung des persönlichen Lebensweges.

Die Betreuungsrolle der Frau in der Familie hat sich geändert. Die Sorge für die Familie und die Erziehung der Kinder wird stärker als bisher von der Berufstätigkeit bestimmt. Für die familiengebundenen Frauen müssen durch Teilzeitbeschäftigung und gleitende Arbeitszeit bessere Voraussetzungen für eine zusätzliche Berufsausübung geschaffen werden.

Die Tätigkeit als Hausfrau muß als Beruf gesehen und bewertet werden.

Aus der Entscheidung für die Familienfürsorge und Kindererziehung darf der Frau für ihre spätere soziale Sicherung kein Nachteil entstehen. Die Fürsorge für Kranke, Kinder und Behinderte in der Familie ist als Leistung im Dienst der Gemeinschaft der beruflichen Tätigkeit voll gleichzusetzen. Die Christlich Soziale Union fordert, daß dieser Grundsatz versorgungsrechtlich durch eine eigenständige soziale Sicherung der Frau anerkannt wird.

Erst wenn in Familie und Erwerbsleben den geänderten Bedingungen Rechnung getragen wird, ist von einer echten Wahlfreiheit der Frau zu sprechen. Der gleichwertige Beitrag der Frau wird nicht nur in Familie und Beruf, sondern auch im öffentlichen Leben zu wenig berücksichtigt. In

gesellschaftlichen Gremien, in Verbänden, Parteien und Parlamenten sind die Frauen entsprechend ihrer Leistung stärker zu beteiligen.

Jugendpolitik ist treuhänderisches und partnerschaftliches Eintreten für die Interessen der jungen Menschen. Die Jugend hat das Recht, eigene Wege ohne Bevormundung durch die Erwachsenen zu suchen.

Jugend steht im Spannungsfeld zwischen der Abgrenzung der Welt der Erwachsenen und dem Anspruch auf eine eigene Rolle. Die Christlich Soziale Union sieht in jugendlichen Lebensformen berechnete Äußerungen und eine notwendige Herausforderung.

Die junge Generation hat das Recht, eigene Wege zu suchen. Daher wird die Christlich Soziale Union der Jugend einen angemessenen Freiheitsraum sichern. Jugend muß sich als Jugend äußern können. Der junge Mensch bedarf der Ermüdung, der Partnerschaft und der Unterstützung durch die Älteren; er will Antwort auf seine Fragen. Staat und Gesellschaft müssen die sinnvolle Auseinandersetzung der jungen Generation mit der Tradition ermöglichen, die Herausforderung durch die Jugend für eine gesellschaftliche und kulturelle Weiterentwicklung und Erneuerung fruchtbar machen. Unsere Gesellschaft ist darauf angewiesen, daß sich die nachwachsende Generation mit den Grundwerten unseres Staates identifiziert. Die jungen Menschen müssen fähig werden, die freiheitlich demokratische Ordnung zu bejahen und zu selbstverantwortlich staatsbürgerlichem Handeln zu finden. Sie haben das Recht auf die Mitbestimmung ihrer eigenen Zukunft. Deshalb müssen ihnen in ihren Lebensbereichen bessere Möglichkeiten jugendlicher Mitgestaltung und Mitverantwortung eröffnet werden. Auch die Übernahme eigener Verantwortung ist ihnen zu ermöglichen.

Die Jugend stellt jedoch keine einheitliche, in sich geschlossene Bevölkerungsgruppe dar. Neben Schülern und Studenten machen die jungen Arbeitnehmer den größten Teil der jungen Generation aus. Sie treten aber nicht so sehr als Jugend in Erscheinung, weil sie während der Ausbildung bereits stärker in das Erwachsenenleben einbezogen werden. Den Jugendlichen im Arbeitsprozeß gilt deshalb unsere besondere Berücksichtigung.

Weil die Christlich Soziale Union Jugendpolitik als treuhänderisches und partnerschaftliches Eintreten für den jungen Menschen versteht, maßt sie sich nicht an, das Interesse des jungen Menschen jeweils sicher bestimmen zu können. Sie sucht das Gespräch mit dem einzelnen, dem sie besondere Möglichkeiten zur Mitarbeit und Mitbestimmung in der Partei anbietet. Sie arbeitet zusammen mit Gruppen und Verbänden, die Interessen junger Menschen im Rahmen unserer politischen Ordnung vertreten. Sie tritt außerdem für eine angemessene Beteiligung der Vertreter jugendlicher Interessen bei den politischen Entscheidungen ein.

Zu Familie, Schule, Berufsausbildung ist als soziales und politisches Feld für die heranwachsende Generation die Jugendarbeit getreten. Sie hat die Funktion der Erziehung, der Interessenvertretung und der sinnvollen Freizeitgestaltung. Moderne Jugendpolitik muß die Grundlagen für öffentliche Förderung und Sicherung der Jugendarbeit schaffen, die die Erfüllung dieser Aufgaben gewährleisten.

Die Christlich Soziale Union tritt für die freie Initiative in der Jugendarbeit ein und lehnt die staatlich verordnete Entscheidung ab. Freie Jugendarbeit bedarf jedoch der staatlichen Förderung ohne behördliche Gängelung. Grundlage der Jugendpolitik der Christlich Sozialen Union ist das Erziehungsrecht und die Erziehungspflicht der Eltern. Wo diese nicht wahrgenommen werden können, muß der einzelne Jugendliche einen Rechtsanspruch auf Hilfe durch die Gemeinschaft haben.

Befreiung der Jugend von unmittelbarer Existenzsicherung ist nur in entwickelten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen möglich. Jugend ist nicht alles. Gegenseitiges Verständnis braucht das richtige Verhältnis der verschiedenen Lebensalter untereinander. Die Christlich Soziale Union lehnt deshalb Jungsein als Lösung für menschliche Existenz schlechthin ab.

Der Beitrag
der alten Menschen
für die Gesellschaft

Für die Christlich Soziale Union ist der alte Mensch ein Staatsbürger, der seinen Beitrag für die Gesellschaft geleistet hat, immer noch leistet und gebraucht wird. Den alten Menschen muß eine selbständige und eigenverantwortliche Lebensführung ermöglicht werden. Der Familie kommt in der Betreuung alter Menschen eine Aufgabe zu, die ihr nicht einfach abgenommen werden kann.

Der alte Mensch will gebraucht werden. Moderne Altenhilfe muß vorrangig Hilfe zur Selbsthilfe und daher offene Hilfe sein. Durch Beratung und Information, durch ambulante Krankenpflege, Mahlzeitendienste, Haus- und Familienpflege und Sozialstationen soll es dem alten Menschen ermöglicht werden, in seiner Umwelt zu bleiben, selbst wenn er durch Alter oder Krankheit den eigenen Haushalt nicht mehr aufrechterhalten kann.

Diese offenen Hilfen bedürfen einer Ergänzung durch Gelegenheiten zur menschlichen Begegnung in Altenklubs, Altagestätten und Altenbetreuungscentren.

Sie können der Vereinsamung der alten Menschen entgegenwirken. Für ältere Menschen, die sich selbst nicht mehr versorgen können, muß ein ausreichendes Angebot möglichst familiennaher Heimplätze, die zeitgemäßen Anforderungen entsprechen, zur Verfügung stehen. Neue Heimplätze müssen staatlich gefördert, alte Heime entsprechend den neuen Erkenntnissen der Altenhilfe modernisiert werden.

Der Staat allein kann die Aufgaben gegenüber unseren alten Mitbürgern nicht erfüllen. Altenhilfe verlangt die persönliche Bereitschaft aller zu mehr Mitmenschlichkeit. Der

Dienst am Nächsten ist mehr denn je notwendig, weil keine noch so perfektionierte Daseinsvorsorge den Mangel an Menschlichkeit wettmachen kann.

Der Behinderte ist ein voll- und gleichwertiges Mitglied der Gesellschaft. Umfassendes Ziel der solidarischen Hilfe für den Behinderten ist seine Integration in die Gesellschaft. Behindertenhilfe muß sich auf alle Lebensbereiche erstrecken. Sie muß medizinische, berufsfördernde und soziale Maßnahmen umfassen und soll grundsätzlich Hilfe zur Selbsthilfe sein.

Durch den vordringlichen Ausbau der Früherkennungs- und Frühbehandlungseinrichtungen ist die Frühförderung behinderter Säuglinge und Kinder zu intensivieren. Durch genetische Beratung soll die Zahl erblich bedingter Schädigungen verringert werden.

Die Christlich Soziale Union setzt sich dafür ein, daß Sonderschulen, Einrichtungen der beruflichen Ausbildung und Umschulung, familien- und wohnortnahe Werkstätten und andere Beschäftigungsmöglichkeiten für Behinderte weiterhin zügig ausgebaut werden.

Die Integration der Behinderten kann durch eine behindertengerechte Gestaltung der Umwelt erleichtert und verbessert werden. Diese Forderung muß vordringlich durch die Schaffung behindertengerechter Wohnungen, von Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten realisiert werden.

Dem Schwerbehinderten, der trotz vielfältiger Hilfen nicht mehr in die Gemeinschaft integriert werden kann, muß eine besondere Pflege zuteil werden. Die Pflege in der Familie soll unterstützt werden, z. B. durch Pflegegeld und Urlaub von der Pflege. Die bestehenden Einrichtungen sind nach modernem pflegerischen Erkenntnissen neu- und umzugestalten. Freie Träger brauchen mehr öffentliche Förderung.

Alle Hilfen für Behinderte können nur begrenzt wirksam werden, wenn es nicht gelingt, in der Gesellschaft Verständnis und Vorurteile gegenüber den Behinderten abzubauen. Staat, Gesellschaft und Kommunikationsmittel sind aufgefordert, an dieser für die Behindertenhilfe so bedeutsamen Aufgabe in Zukunft verstärkt mitzuwirken.

Die Christlich Soziale Union versteht das „C“ in ihrem Namen als besondere Verpflichtung gegenüber den Schwachen, Hilfsbedürftigen, Notleidenden und sozial Benachteiligten. Sie setzt sich daher dafür ein, auch diesen Personengruppen die individuelle Entfaltung durch die Teilnahme am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen.

Die Sicherung der Würde des Menschen verpflichtet die Gesellschaft zur Hilfe in der Not für jedes ihrer Mitglieder. Die Christlich Soziale Union setzt sich daher für diejenigen ein, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft oder durch geistige, seelische oder körperliche Beeinträchtigungen

Integration
der Behinderten
in die Gesellschaft

Verpflichtung
gegenüber sozialen
Randgruppen

Entwicklung des Lebensraumes – Menschliche Umwelt

den Anforderungen unserer Gesellschaft nicht entsprechen können. Sie setzt sich auch ein für jene Gruppen und Menschen, die mit unserer Rechtsordnung und den Verhaltensnormen unserer Gesellschaft in Konflikt geraten sind. Die Christlich Soziale Union weiß, daß sie oft ein soziales Außenseiterdasein führen. Sie müssen aus ihrer Einsamkeit herausgeführt werden. Es müssen für sie Lebensbedingungen geschaffen werden, die der Würde und Verantwortlichkeit des einzelnen, aber auch seinem Recht auf Achtung und Hilfe entsprechen. Hilfe für diese Menschen und Gruppen soll vor allem den Weg in die soziale Integration ermöglichen. Nicht bevormunden, sondern Hilfe zur Selbsthilfe heißt das Gebot.

Zur Sicherung einer humanen Zukunft gehören die Erhaltung und Gestaltung einer gesunden Umwelt, eine ausgewogene Nutzung des begrenzten Raumes, eine geordnete Entwicklung von Stadt und Land. Das wissenschaftlich und technisch Mögliche ist auch aus der Verantwortung für kommende Generationen auf seine Wirkung für Mensch und Natur zu prüfen. Die Politik der Christlich Sozialen Union ist darauf gerichtet, die Förderung des materiellen Wohlstandes und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang zu bringen.

Eine in der Geschichte nie zuvor gekannte Dynamik der Entwicklung in Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik hat den Lebensstandard beträchtlich erhöht. Damit sind aber auch negative Erscheinungen wie Umweltzerstörung, Rohstoff- und Energieverknappung, Konzentration von Menschen und Kapital in großen Ballungszentren auf der einen sowie Entleerung des ländlichen Raumes auf der anderen Seite einhergegangen.

Ordnung des Raumes

Die Erzielung eines möglichst hohen Sozialprodukts unter Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen kann ebenso wenig Fortschritt im Dienste des Menschen sein, wie Verteufelung des Wachstums und der Technik, Umwelt- und Raumordnungsprobleme lassen sich am besten und wirkungsvollsten mit Hilfe der Sozialen Marktwirtschaft lösen. Dazu brauchen wir neue Technologien und rahmen-setzende Maßstäbe wie Umweltgesetze und Landesentwicklungspläne.

Wegen des begrenzten Raumes können wir es uns nicht leisten, uferloses und breiartiges Auseinanderfließen der großen Städte und den Verfall alten Kulturlandes hinzunehmen. Klare Zielvorstellungen über die vielfältigen Nutzungsansprüche an den Raum unter Beachtung der ökologischen Erfordernisse und der gewachsenen Siedlungsstrukturen sind notwendig. Die Entwicklung des ländlichen Raumes und die Ordnung der dicht besiedelten Gebiete setzen Raumordnungs- und Landesentwicklungspolitik voraus.

Die Christlich Soziale Union sieht eine große Aufgabe darin, ein vernünftiges Maß zwischen ökonomischen und ökologischen Erfordernissen zu halten. Deshalb ist qualitatives vor quantitatives Wachstum zu setzen. Wachstum soll dem ländlichen Raum Impulse geben und sich nicht nur auf wenige große Verdichtungsräume konzentrieren. Die Grenzen des Wachstums sind immer dort zu ziehen, wo Umwelt, Natur und Landschaft bedroht oder gar zerstört werden.

Ausgewogene Landesentwicklung

Ziel der Landesentwicklungs- und Raumordnungspolitik der Christlich Sozialen Union ist die Förderung von Chancengerechtigkeit, sozialer Gerechtigkeit und freier Entfaltung der Persönlichkeit in einer menschenwürdigen Umwelt. Für die Menschen in Stadt und Land sollen gleichwertige, nicht gleichförmige Lebensbedingungen gesichert werden. Damit werden die Wahlmöglichkeiten des Bürgers für die von ihm bevorzugte Lebensform erweitert und das Recht auf gleichwertige Lebensbedingungen in der angestammten Heimat gewahrt.

Städtischer und ländlicher Raum ergänzen sich in ihren eigenständigen Aufgaben. Die Christlich Soziale Union lehnt eine Verdichtung des ländlichen Raumes und eine übermäßige Verdichtung in wenigen großen Städten ab. Deshalb bleibt die Entwicklung des ländlichen Raumes, insbesondere der strukturschwachen Gebiete und des Grenzlandes, eine vordringliche Aufgabe. Dies erfordert Überblick und Abstimmung aller öffentlichen raumbedeutsamen Maßnahmen und Pläne in einem landesplanerischen Gesamtkonzept. Überschaubares staatliches Handeln eröffnet dem einzelnen, den Kommunen und der Wirtschaft den größtmöglichen Freiheitsraum für Selbstentfaltung und Eigeninitiative. Sie stärkt unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

Für die Christlich Soziale Union ist Landesentwicklung Politik für den Menschen im städtischen und ländlichen Raum. Sie sieht sowohl im städtischen wie auch im ländlichen Leben zeitgemäße Existenzverwirklichung. Die Politik der Christlich Sozialen Union gilt der Verbesserung der Lebensverhältnisse in allen Landesleuten und Siedlungsgrößen. Sie fördert insbesondere die schwächeren Gebiete und Randzonen. Die eigenständige Entwicklung des ländlichen Raumes ist fortzuführen und jeder Gemeinde die organische Eigenentwicklung zu sichern.

Ein überzogenes und schematisches Schwerpunktkonzept, wie es sozialistische Politik vertritt, führt zur passiven Sanierung, d. h. zum Abwanderungszwang von Menschen aus ihrer angestammten Heimat. Raumordnungs- und Strukturpolitik haben für die Christlich Soziale Union die Aufgabe, in allen Teilen des Landes Arbeitsplätze und Versorgungseinrichtungen so zur Verfügung zu stellen, daß sie für die Menschen innerhalb zumutbarer Entfernungen zu erreichen sind. Dazu gehört ein Ausbau und nicht ein Abbau der Verkehrsinfrastruktur im ländlichen Raum.

Die Investitionen der öffentlichen Hand sind in hohem Maße raumwirksam, da sie vielfach einer Verbesserung der Infrastruktur dienen. Damit öffentliche Maßnahmen und Planungen den bestmöglichen Nutzen entfalten können, müssen sie bereits in einem frühen Stadium aufeinander abgestimmt werden. Durch Koordinierung und Vorausschau kann auch am besten Umweltschäden vorgebeugt werden. Isoziierte Fachplanungen werden den komplexen Entwicklungs-

gen in unserer modernen Welt nicht mehr gerecht. Zur dauerhaften Hebung der Lebensbedingungen in strukturschwachen Gebieten genügt z. B. die Ansiedlung gewerblicher Betriebe im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung für sich allein nicht, wenn nicht gleichzeitig Verwaltungs-, Bildungs-, Verkehrs-, Sozial- und Erholungseinrichtungen innerhalb zumutbarer Entfernungen bereitgestellt werden. Raumordnung und Landesentwicklung müssen daher die verschiedenen raumwirksamen Pläne und Maßnahmen aufeinander abstimmen. Dies hat auf allen Ebenen staatlicher Tätigkeit, angefangen vom Bund bis zu den Gemeinden, zu erfolgen.

Der einzelne und die Privatwirtschaft haben ein Recht darauf, zu erfahren, was, wo und wieviel Staat und Kommunen an raumbedeutsamen Investitionen vorhaben.

Nur so kann der größtmögliche gemeinsame Nenner gefunden werden und dem einzelnen wie der Wirtschaft eine Orientierungshilfe für die eigenen Entscheidungen und Pläne gegeben werden.

Die menschengerechte Stadt ist für die Christlich Soziale Union Leitbild ihrer Städte- und Wohnbaupolitik. Sie muß dem Bürger über das Angebot an materiellen Gütern hinaus Teilhabe am Gemeinwesen und dauerhafte Verbundenheit mit seiner Heimat ermöglichen. Dies erfordert überschaubare Stadtstrukturen.

Menschenrechte
Stadt

Die gemeindliche Bauleitplanung muß das Wohnumfeld vor Beeinträchtigungen und Schäden sichern und gewährleisten, daß die Wohn-, Arbeits-, Verkehrs-, Bildungs-, Versorgungs- und Freizeitstrukturen so gestaltet werden, daß ihre Umweltqualitäten gesichert bleiben.

Hauptziel der Wohnungspolitik muß die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum zu sozial vertretbaren Mieten und die breite Streuung von Eigentum an der eigengenutzten Familienwohnung sein. Die Wohnungspolitik bedarf der nachhaltigen Förderung durch die öffentliche Hand sowie einer ergänzenden Unterstützung durch die Steuerpolitik. Der Wohnungsbau, die Wohnungsmoderernisierung, die Stadt- und Ortsanierung und die Denkmalpflege müssen sich nach den Erkenntnissen eines menschengerechten Wohnens und den Erfordernissen einer humanen Stadtgestaltung und Stadtentwicklung richten.

Die Städte müssen rechtlich, finanziell und planerisch im Rahmen ihrer Selbstverwaltung in die Lage versetzt werden, ihre vielfältigen Aufgaben zu erfüllen.

Im Zuge der Industrialisierung hat die städtische Lebensform zunehmend an Bedeutung gewonnen. Bereits die Hälfte unserer Bürger lebt heute in den Verdichtungsräumen. Vor allem in den großen Städten häufen sich Umwelt- und Verkehrsprobleme. Die Vorstellung von der „autogerechten Stadt“ hat sich als Irrweg erwiesen. Diesem fal-

schon städtebaulichen Leitbild wurde zum Teil historisch wertvolle Bausubstanz geopfert. Die Lösung der Verkehrsprobleme in den großen Städten erfordert einen aufeinander abgestimmten Ausbau von Individual- und Massenverkehr.

Die menschengerechte Stadt erfordert in erster Linie das Interesse des Bürgers am Schicksal seiner Stadt und seiner Mitbewohner. Dies kann über eine bessere Beteiligung des Bürgers an der Stadtentwicklungspolitik und über die Schaffung überschaubarer Stadtstrukturen etwa in Form von Stadtteilzentren geschehen.

Zur Humanisierung der Städte gehört auch die Auflockerung der in der Städtebaupolitik der Nachkriegszeit betriebenen räumlichen Trennung von Wohngebieten, Gewerbe- und Geschäftsvierteln und Erholungsanlagen. Auf diese Entmischung der menschlichen Grundfunktionen ist nicht nur ein Gutteil der Verkehrsprobleme, sondern auch die Verödung bestimmter Stadtteile, insbesondere der Stadtkerne, zurückzuführen. Die Anlage von sogenannten Fußgängerzonen allein genügt nicht. Es geht vor allem darum, zu verhindern, daß die Wohnbevölkerung der Städte immer weiter ins Umland abgedrängt wird und die Innenstädte vorwiegend zu Standorten von Bürogebäuden und Handelsgeschäften veröden.

Das Bau- und Bodenrecht ist dementsprechend anzuwenden, wo notwendig, abzuändern.

Die Erhaltung und Modernisierung wertvoller Bausubstanz, insbesondere historisch und kulturell bedeutsamer Gebäude und ganzer Straßenzüge und Plätze im Rahmen des Denkmal- und Ensembleschutzes, ist unter städtebaulicher Sicht vor der rein zahlenmäßigen Ausweitung mehr als bisher zu beachten.

Neue Wohnsiedlungen sollen so ausgewiesen werden, daß in Abstimmung mit den raumordnungs- und landesplanerischen Grundsätzen und Zielen die dazugehörigen Gemeinschaftseinrichtungen, Verkehrsverbindungen, Grün- und Erholungsflächen bereitgestellt werden können. Schlafstädte auf der grünen Wiese sind kein Beitrag zur menschengerechten Stadt.

Angesichts des bedrohlichen Rückgangs der Geburtenrate ist besonderes Augenmerk auf familien- und kinderfreundliche Wohnungen zu legen. Darauf ist vor allem im sozialen Wohnungsbau zu achten. Einer Fehlbelegung von Sozialwohnungen ist entgegenzuwirken. Für die Wohnlichkeit unserer Städte ist die Pflege und Vermehrung der innerstädtischen Grünanlagen wichtig. Der Stadtbewohner soll sich in seiner Freizeit möglichst in der Nähe seiner Wohnung im Freien erholen können.

Die Wohnqualität im innerstädtischen Bereich ist durch den vermehrten Ausbau von Freizeit- und Erholungseinrichtungen zu verbessern.

Umweltpolitik ist Politik für den einzelnen Menschen und die Gesellschaft. Nur eine vorausschauende Umweltpolitik, die sich nicht auf die spätere Beseitigung von Schäden und Störungen der Umwelt beschränkt, kann die natürlichen Lebensgrundlagen schützen, unsere Landschaft erhalten und die Umwelt des Menschen vor Zerstörung bewahren. Natur und Umwelt sind nicht nur Besitz der heutigen Generation. Es ist daher ein Gebot der Vernunft, mit den Schätzen der Natur so umzugehen, daß den kommenden Generationen nicht die Lebensgrundlage entzogen wird.

Die natürlichen Grundlagen des Lebens, also Luft, Wasser und Boden, müssen geschützt werden. Die Beanspruchung der Grundgüter des Lebens durch die Industriegesellschaft hat auch in Bayern ihre Spuren hinterlassen. Besonders in den Verdichtungsräumen hat sich die Umweltgefährdung im Laufe der letzten Jahrzehnte verschärft.

Die Umweltbedingungen sind im urbanen und ländlichen Raum so zu erhalten und zu verbessern, daß das Wohlbefinden des Menschen gefördert wird. Für Tiere und Pflanzen ist die Erhaltung des Artenreichtums zu sichern. Alle Landschaftsbestandteile sind vor Einwirkungen, die zu dauernden Schädigungen, Belästigungen, Gefahren oder sonstigen nachteiligen Folgen führen, durch geeignete Maßnahmen zu schützen.

Eine vorausschauende Umweltpolitik läßt Umweltschäden erst gar nicht eintreten. Vorsorgen ist besser und billiger als heilen. Bestmögliche Umweltgestaltung auf lange Sicht erfordert eine enge Verbindung mit Raumplanung und Landesentwicklung. Die Christlich Soziale Union hat mit dem „Bayerischen Modell“, der Zusammenfassung von Landesentwicklung und Umweltpolitik, den Weg für eine zukunftsweisende Umweltpolitik beschrritten.

Bei Zielkonflikten zwischen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Interessen und den Erfordernissen des Umweltschutzes ist den ökologischen Belangen dann der Vorrang einzuräumen, wenn eine wesentliche Beeinträchtigung der Umweltverhältnisse, insbesondere der Gesundheit der Bevölkerung, droht oder die Sicherung der materiellen Lebensgrundlagen der Bevölkerung gefährdet ist.

Umweltschutz bedeutet für die Wirtschaft nicht nur neue Kosten, sondern auch neue Chancen. Ein Vorsprung in der Entwicklung umweltfreundlicher Produkte und Verfahren eröffnet und sichert zukunftsorientierte Märkte.

Für die wichtigsten Rohstoffe zeichnen sich bereits heute Grenzen der Verfügbarkeit ab. Auch die Ersetzbarkeit von Rohstoffen durch synthetische Produkte hat Grenzen. Deshalb ist die Wiederverwertung von Abfällen (Recycling) von besonderer Bedeutung.

Die Christlich Soziale Union bejaht und fördert den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt als Ergebnis des menschlichen Schöpferwillens- und Gestaltungswillens. Neue

Technologien können die Voraussetzungen schaffen, um sowohl den Erfordernissen einer weltlichen Umweltpolitik wie auch der Notwendigkeit von Arbeitsplatzsicherung und Wirtschaftswachstum zu genügen.

Der wissenschaftliche und technische Fortschritt muß sich an verbindlichen Wertvorstellungen orientieren und der Verbesserung humaner Lebensbedingungen dienen. Den ökologischen Erfordernissen ist Rechnung zu tragen.

Wissenschaft und Technik bestimmen heute weitgehend das Funktionsgefüge unserer Gesellschaft. Mit ihrem Einfluß auf Bildung und Ausbildung, auf Hygiene und Medizin, auf Energieversorgung und Güterproduktion, auf Nachrichten-, Personen- und Güterverkehr sowie auf die militärische Sicherheit sind das Wohlergehen des einzelnen und der Völker von entscheidender Bedeutung.

Die schnelle technische Entwicklung hat in der Vergangenheit auch negative Auswirkungen, insbesondere auf die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen bewirkt. Ihnen kann heute nur durch einen technologischen Fortschritt begegnet werden, der sich an den ökologischen Erfordernissen orientiert. Der technische Fortschritt als Ergebnis des menschlichen Schöpfungs- und Gestaltungswillens wird in der Zukunft an den verbindlichen Wertvorstellungen einer personalen, freien, solidarischen Gesellschaft zu messen sein.

Freizeit und Erholung

Freizeit und Erholung sind grundsätzlich Sache des einzelnen Bürgers und seiner Familie. Aufgabe des Staates ist es, insbesondere über freie und kommunale Träger, die Schaffung ausreichender Freizeiteinrichtungen zu fördern, Möglichkeiten, Anregungen und Hilfen für die Nutzung der Freizeit zu geben. Durch eine vorausschauende und koordinierende Raumordnungspolitik sind die dafür notwendigen Gebiete in der freien Natur zu sichern und auszubauen.

Zunehmende physische und psychische Belastungen des Menschen in der heutigen Arbeitswelt, insbesondere auch das wachsende Gesundheitsbewußtsein der Bevölkerung, haben den Anspruch an Freizeit und Erholung erhöht. Selbstwirklichung des Menschen, Gestaltung seines Lebensinhalts vollziehen sich nicht nur im Bereich der Arbeitswelt, sondern in wachsendem Maße auch in der von der Arbeit freien Zeit. Immer stärker tritt neben die Erholungsfunktion die Frage nach einer sinnvollen, aktiven Gestaltung dieser Zeit. Der Staat soll grundsätzlich in unserer freiheitlichen, rechtsstaatlichen Ordnung nicht in die Selbstbestimmung der Freizeitgestaltung eingreifen. Seine Aufgabe besteht im optimalen Angebot an Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten, die Freizeitanprüche der Bürger zu verwirklichen. Im Gegensatz zu totalitären Staaten tritt die Christlich Soziale Union für die Sicherung des Freiheitsraumes gerade in der Freizeit ein. Die Freizeit-

politik der Christlich Sozialen Union folgt dem Prinzip, daß es politikfreie Räume für den Bürger geben muß. Der Bedarf an Erholungsflächen nimmt ständig zu. Es besteht erheblicher Nachholbedarf für den Ausbau von Erholungsgebieten. Die Ausweisung entsprechender Flächen, die für Freizeit- und Erholungsfunktionen geeignet sind, ist daher vorrangig.

Freiheit für Deutschland und Europa

Die Christlich Soziale Union weiß, daß alle Überlegungen zu Idee und Gestaltung von Staat und Gesellschaft und zur Verwirklichung eines menschlichen Daseins in Freiheit und Selbstverantwortung hinfällig und nichtig sind, wenn nicht die Sicherheit nach außen garantiert ist. Weil Freiheit unteilbar ist, ist Freiheit im Innern ohne Sicherheit nach außen nicht möglich.

Die Christlich Soziale Union sieht Aufgabe und Ziel deutscher Politik darin, für das ganze deutsche Volk Freiheit, Selbstbestimmung und Einheit zu erringen und dazu beizutragen, einen gerechten Frieden in Europa und der Welt zu sichern, der allen Menschen, gleich welcher Rasse, welcher Volksgruppe und welchen Glaubens, die vollen Menschen- und Gemeinschaftsrechte, die Chance der Freiheit und der wirtschaftlichen Entwicklung gibt. Für die deutsche Außenpolitik fordert die Christlich Soziale Union die Bereitschaft zu mehr internationaler Verantwortung, insbesondere gegenüber den Entwicklungsländern, und eine Erweiterung der eigenen Handlungsfähigkeit. Nur dann kann die Bundesrepublik Deutschland, partnerschaftlich eingeordnet in die Europäische Gemeinschaft und zugeordnet der freien Welt, den weltweiten Herausforderungen auf allen Gebieten begegnen. Der Aufbau eines demokratischen europäischen Bundesstaates stellt eine wesentliche und vordringliche Aufgabe für die langfristige Sicherung von Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent dar.

Die außenpolitische Konzeption, die die Bundesrepublik Deutschland dem freien Teil Europas eingefügt und ihre Sicherheit im Rahmen des Atlantischen Bündnisses gewährleistet hat, kam mit wesentlicher Unterstützung der Christlich Sozialen Union zustande. Die Kontinuität unserer 1949 begonnenen Außenpolitik wurde im Herbst 1969 beendet. Eine einseitige Ausrichtung der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland nach den Wünschen des Ostens hat Unklarheit und Unsicherheit gebracht. Die Christlich Soziale Union fordert eine Klärung des außenpolitischen Kurses, die Wiederherstellung bewährter Leitlinien und deren den Forderungen der Gegenwart und Zukunft angemessene Fortführung.

Die Welt befindet sich in einem tiefgreifendem Umbruch der Kräftefelder. Dies wirkt sich auf die internationalen Beziehungen schwerwiegend aus. Neben dem fortbestehenden Ost-West-Konflikt tritt ein sich verschärfender Nord-Süd-Gegensatz. Durch Mitwirkung bei der Bewältigung dieser Konflikte muß deutsche und europäische Außenpolitik zum Frieden in der Welt beitragen.

Im Laufe des letzten Jahrzehnts ist ein tiefgreifender weltweiter politischer Wandel erfolgt. China ist als eigenständiger Faktor auf die Bühne der Weltpolitik getreten. Zwischen

Gerechtigkeit
und Frieden,
Freiheit
und
Selbstbestimmung,
internationale
Verantwortung

Die Bundesrepublik
Deutschland
im Ost-West-Konflikt
und im Nord-Süd-
Gegensatz

Moskau und Peking hat sich eine machtpolitische und ideologische Kluft aufgetan. Im atomarstrategischen Bereich haben die USA der Sowjetunion schon vor Jahren die Herstellung eines Gleichgewichts zugestanden. Sie laufen jetzt Gefahr, von der UdSSR überholt zu werden. Aus Südostasien haben sich die USA teilweise zurückgezogen. Die Sowjetunion und China suchen nun rivalisierend, das Machtvakuum zu füllen. Die Außenpolitik der USA ist dazu übergegangen, die Eigenverantwortlichkeit der Völker einer Region für ihr eigenes Schicksal verstärkt zu betonen.

In der Weltwirtschaft behaupten die USA ihre Spitzenstellung nicht mehr unangefochten. Einerseits haben Japan und die Europäische Gemeinschaft stark aufgeholt, andererseits hängt die japanische wie die europäische Wirtschaftskraft von der störungsfreien Zufuhr entfernt liegender Rohstoffe ab.

Zunehmend entwickelt sich ein Nord-Süd-Konflikt. Zwei Drittel der Menschheit leiden Hunger, weil die wirtschaftliche Entwicklung mit dem Tempo des Bevölkerungswachstums und der Geldentwertung nicht Schritt hält. Gleichzeitig wächst das Selbstbewußtsein der Dritten Welt. Die Bildung neuer regionaler und wirtschaftlicher Interessengruppen zeichnet sich ab. Rohstoff- und Energiequellen werden zu neuen Machtfaktoren. Dadurch und durch die Krise des internationalen Währungs- und Handelsystems werden die Grundlagen der freien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gefährdet. Die Einsicht in die weltweite gegenseitige Abhängigkeit muß stärker das politische Bewußtsein und Handeln bestimmen. Mehr internationale Verantwortung und die Erweiterung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit sind erforderlich.

Die Bedrohung des freien Westens hält an. Der Ost-West-Konflikt besteht fort, die Phase der Entspannungspolitik hat nur eine Umschichtung des Konflikstoffes und des Austragsstils der Konflikte gebracht. Die UdSSR zieht als Friedensordnung nach wie vor die Hegemonie vor und hat ihre weltrevolutionären Ziele nicht aufgegeben. Sie versucht im Zeichen einer Neuverteilung der weltpolitischen Gewichte ihren Einfluß global zu verstärken und neue Abhängigkeiten zu schaffen.

Die einseitig betriebene „Entspannungspolitik“ hat die Erwartungen nicht erfüllt. Die Sowjetunion hat sie zur Festigung ihres Machtbereichs genutzt und verstärkt zunehmend ihren Einfluß in der Welt. Dadurch gefährdet sie die Sicherheit des freien Europa. Nur eine zielbewußte Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Kräfte auf allen Ebenen kann die Stärkung und Ausweitung des sowjetischen Machtbereichs, vor allem in Europa, verhindern.

Die SPD/FDP-Koalition hat seit 1969 nahezu alle Forderungen erfüllt, die die Sowjetunion seit den Warschauer-Pakt-Konferenzen von 1966 (Bukarest), 1967 (Karlsbad) und 1969 (Budapest) an Bonn stellte: vertragliche Sicherung der östlichen Kriegseroberungen, insbesondere der Oder-

Neiße-Grenze, Anerkennung der „DDR“ und deren UN-Aufnahme, Verzicht der Bundesrepublik Deutschland für ganz Deutschland zu sprechen, Nichtigkeitsklärung des Münchner Abkommens von 1938. Im Atomwaffenvertrags ging die Bundesregierung weitgehende, teilweise nicht einmal klar definierte Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion ein. Unter dem Vorzeichen eines „Wandels durch Annäherung“ wurden wichtige deutsche Positionen geräumt, die Spaltung Deutschlands und Europas vertieft, die Einheit der Nation in Frage gestellt. Für die verbindlichen Zugeständnisse in den Ostverträgen wurde in Begleitpapieren für die Menschen wenig Gegenleistung erreicht. Menschliche Erleichterungen mußten erneut mit hohen Geldzahlungen erkauft werden. Während die NATO unter dem Einfluß der Entspannung abgerüstet hat, hat der Warschauer Pakt sein militärisches Potential weiter erhöht.

Mit dem Instrumentarium der Konferenzen über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und über Truppenabbau (MBFR) will Moskau seinen Einfluß auf Westeuropa weiter ausdehnen. Entspannungspolitik aus sowjetischer Sicht ist eine Dreifach-Strategie: Einschläferung des Westens durch politische Klimaverbesserung, wirtschaftliches Gleichziehen mit dem Westen durch Kooperation und Kapitaltransfer, Fortsetzung und Verstärkung der ideologischen Offensive mit allen Mitteln der Subversion und der psychologischen Kriegsführung in Friedenszeiten mit dem Endziel der Zerschlagung der sogenannten „kapitalistischen Herrschaftsstrukturen“ und dem Aufbau des Sozialismus.

Europa kann nach Auffassung der Christlich Sozialen Union nur in Freiheit und Frieden weiterleben, wenn es die Kraft zur Einigung findet. Nur in einem vereinten Europa auf föderalistischer Grundlage können die freien Völker unseres Kontinents ihre Unabhängigkeit bewahren und weltweite politische Handlungsfähigkeit gewinnen.

Die Bundesrepublik Deutschland und das freie Europa befinden sich in einem Zustand innerer und äußerer Gefährdung. Teilweise von außen gesteuerte Kräfte streben die Herauslösung der Bundesrepublik Deutschland aus den freiheitlichen westlichen Systemen an. Ihr Ziel ist die Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland und ein sozialistisches Gesamt Europa. Die Sowjetunion erklärt selbst, daß es auf ideologischem Gebiet keine Koexistenz gebe. Sie versucht, über marxistische Hilfstruppen auch von innen her eine Veränderung der freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung herbeizuführen. Diese Zangenbewegung von außen und von innen stellt die eigentliche Gefahr für Europa dar.

Demgegenüber hat sich die Einigung des freien Europa verlangsamt. Dabei ist kein Land in der Größenordnung der westeuropäischen Klein- und Mittelstaaten heute noch in der Lage, auf sich gestellt, die wesentlichen Interessen seiner Bürger wahrzunehmen: Verteidigung, Vollbeschäfti-

Die politische
Einigung
des freien Europa

Das Gleichgewicht
der Kräfte

gung, Bewahrung der Geldwertstabilität, Sicherung der Rohstoff- und Energieversorgung, Sicherung der Absatzmärkte.

Die Vereinigung des freien Europa ist deshalb für die Christlich Soziale Union die europäische Schicksalsfrage schlechthin. Ein politisch geeintes, freies Europa muß die Idee des freiheitlichen demokratischen und sozialen Verfassungsstaates auf einer neuen Ebene realisieren.

Die Christlich Soziale Union fordert daher verstärkte Bemühungen um den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft zu einem europäischen Bundesstaat. Auf dem Weg dorthin verlangt die Christlich Soziale Union die Bildung eines europäischen Entscheidungszentrums, aus dem eine europäische Regierung entstehen soll; die direkte Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments und die Erweiterung seiner Befugnisse; die Bildung einer Staatenkammer, in der die Nationen und Regionen Europas an der Gestaltung des Einigungswerkes mitwirken; den Ausbau des Europäischen Gerichtshofes zu einem Obersten Bundes- und Verfassungsgericht.

Ein vereintes Europa muß eine europäische Verfassung erhalten, in der die freiheitlichen Grundrechte seiner Bürger festgesetzt sind. Gleichzeitig muß das soziale Gefälle in Europa abgebaut werden. Die Christlich Soziale Union wehrt sich gegen alle Regelungen und Abmachungen auf internationaler Ebene, die einem noch engeren politischen Zusammenschluß der Völker des freien Europa zuwiderlaufen könnten. Ein in föderaler Ordnung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker vereintes Europa steht allen Staaten Europas offen, auch den Nachbarn im Osten.

Das vereinigte Europa kann nicht ohne die Solidarität aller Parteien geschaffen werden, die den Zusammenschluß aus freiheitlichem, der europäischen Tradition verpflichtetem Geist erstreben. Deshalb wird die Christlich Soziale Union die Zusammenarbeit mit Parteien, die vergleichbare Ziele verfolgen, verstärken.

Freundschaft
mit den USA
und Stärkung
der NATO

Unabhängigkeit und Sicherheit des freien Teils Europas hängen nach wie vor von der Stärke und Funktionsfähigkeit des Atlantischen Bündnisses ab. Die Christlich Soziale Union tritt daher für Bestand und Ausbau der NATO im Sinne echter Partnerschaft in Pflichten und Rechten ein.

Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und des freien Europa erfordert eine enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten. Deshalb ist die Freundschaft und die Solidarität zu den USA eine entscheidende Grundlage deutscher und europäischer Politik. Die Notwendigkeit des Atlantischen Bündnisses besteht mehr denn je. Ausrüstung und strategische Doktrin der Truppen des Warschauer Paktes lassen den offensiven Auftrag erkennen. Zudem gehört die Beeinträchtigung des Verteidigungswillens des Gegners

zur Strategie des Ostens. So ist im Rahmen der NATO die auf einer glaubwürdigen Fähigkeit zur Abschreckung beruhende kollektive Sicherheit, Grundlage der Freiheit Europas.

Die Bundesrepublik Deutschland muß willens, bereit und fähig zur Verteidigung des Vaterlandes bleiben. Die Christlich Soziale Union tritt für Abrüstungsmaßnahmen immer dann ein, wenn sie nicht zu Lasten unserer Sicherheit gehen.

Verteidigungs-
bereitschaft,
Abrüstung
und Sicherheit

Die Verteidigung der Freiheit ist Sache des ganzen Volkes. Sie erfordert, daß die Abwehrbereitschaft gegenüber Druck und Bedrohung wachgehalten wird. Die notwendigen Mittel müssen bereitgestellt werden, damit die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland gewahrt werden kann. Bundeswehr und Zivilverteidigung müssen in Führungsorganisation, Personalstruktur, Ausbildung und Ausrüstung ihrem Auftrag gerecht werden können.

Die politische und militärische Wirksamkeit unserer Bündnisysteme muß der Bedrohung angemessen sein. Die Christlich Soziale Union verwirft Gewalt und Drohung mit Gewalt als Mittel der Politik. Sie tritt für eine kontrollierte Abrüstung unter der Voraussetzung ein, daß unser Land nicht einseitig geschwächt und benachteiligt wird.

Die Christlich Soziale Union war und ist für eine Zusammenarbeit mit dem Osten. Diese muß aber dem Menschen dienen und seinen unveräußerlichen Rechten. Verträge müssen dem Grundsatz von Leistung und Gegenleistung entsprechen. Willfährigkeit gegenüber den Wünschen der kommunistischen Regierungen kann keine Ausschöpfung mit den von ihnen unterdrückten Völkern bringen.

Ostpolitik
im Dienst
der Menschen

Die Politik der Christlich Sozialen Union, dem freien Westen fest verbunden, ist dem Osten gegenüber zu Gesprächen und vertraglichen Vereinbarungen bereit. Der Geist der Versöhnung und der Gerechtigkeit muß den Ungeleit der Gewalt und der Vergeltung überwinden. Eine solche Politik verlangt jedoch Sicherheit in den eigenen Grundsätzen und Zielen. Sie kann ohne empfindliche Schwächung der eigenen Interessen und ohne Schwächung der eigenen Position auf Dauer nur von denjenigen Parteien getragen werden, für die eine außenpolitische Zusammenarbeit mit kommunistischen Staaten nicht die Gefahr einer ideologischen Anpassung ihrer eigenen Anhängerschaft mit sich bringt.

Die Politik der Christlich Sozialen Union steht ein für die Interessen der Menschen und ihrer unveräußerlichen Rechte. Sie fordert daher Freiheit und Freizügigkeit für Personen. Sie fordert Informationen und Meinungen in ganz Europa. Dies gilt insbesondere für die Menschen in allen Teilen Deutschlands. Die Vertragspolitik der Christlich Sozialen Union ist von dem Grundsatz getragen, daß Leistung und Gegenleistung in einem ausgewogenen Verhältnis stehen müssen. Bei den Beziehungen zu den Staaten Osteuropas geht

die Christlich Soziale Union von den geschlossenen Verträgen aus. Ihre Politik folgt dabei der von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages im Mai 1972 gemeinsam verabschiedeten Entschließung und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Grundvertrag vom Juli 1973.

Das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung und die Bindungen zu Berlin

Politisches Ziel der Christlich Sozialen Union bleibt die Herstellung der staatlichen Einheit des deutschen Volkes in freier Selbstbestimmung. Die Bindungen zu Berlin als einem Land der Bundesrepublik Deutschland müssen verstärkt und fortentwickelt werden.

Bis zu einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung bleibt die deutsche Frage offen. Es gibt nur eine deutsche Nation, deren Einheit zu wahren das freihelleiche Deutschland verpflichtet ist, da es die Verantwortung für ganz Deutschland trägt.

Die Christlich Soziale Union hält an einer einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit fest. Die Bundesrepublik Deutschland ist verpflichtet, allen Deutschen im In- und Ausland Schutz und Obhut zu gewähren. Die Christlich Soziale Union fordert Freiheit und Selbstbestimmung für alle Deutschen. Jede Politik der Angleichung unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung an das System der „DDR“ im Sinne einer Politik des „Wandels durch Annäherung“ steht dazu im Widerspruch und wird entschieden abgelehnt.

Das Recht auf Heimat und das Volksgruppenrecht

Die Christlich Soziale Union tritt für das Recht auf die angestammte Heimat als ein unabhängiges Menschenrecht ein und verurteilt jede Form der Vertreibung.

Die Christlich Soziale Union strebt die internationale Kodifizierung eines allgemeinen Volksgruppenrechtes an, das auf europäischer und weltweiter Ebene geeignet ist, gefährliche Krisen in jenen Gebieten zu beseitigen, in denen mehrere Völker und Volksgruppen zusammenleben.

Die Forderung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, die einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau von Staat und Gesellschaft geleistet haben, nach Verwirklichung von Selbstbestimmungs- und Heimatrecht wird von der Christlich Sozialen Union unterstützt.

In den Beziehungen zu den Staaten Osteuropas sind die Rechte der Heimatvertriebenen zu achten. Ihnen und ihren Verbänden gebührt Schutz vor Diffamierung und Behinderung ihrer Tätigkeit. Es gilt auch weiterhin, das geistig-kulturelle Erbe der Heimat zu erhalten, lebendig weiterzuentwickeln und in das geistige Leben der Bundesrepublik Deutschland einzubringen. Dabei fallen den staatlichen, kommunalen und freien Bildungseinrichtungen besondere Aufgaben zu.

Weiterentwicklung einer freien Weltwirtschaftsordnung

Die Christlich Soziale Union tritt für die Aufrechterhaltung und Fortentwicklung eines freien internationalen Wirtschaftssystems und für die Sicherung der Rohstoff-

Energieversorgung unserer Volkswirtschaft auf der Grundlage partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit anderen Staaten ein.

Die Bundesrepublik Deutschland ist in hohem Maße auf die Einfuhr von Rohstoffen und auf den Export ihrer Erzeugnisse angewiesen. Die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft für die Wohlfahrt unserer Bürger, der soziale Frieden im Innern und die Sicherheit nach außen beruhen auf der arbeitsteiligen freien Weltwirtschaftsordnung. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und politische Freiheit stehen in einer engen Wechselbeziehung. Ohne wirtschaftliche Leistungsfähigkeit läßt sich das militärische Gleichgewicht gegenüber dem Osten nicht gewährleisten.

Die Dritte Welt beanstandet nachdrücklich und nicht zu Unrecht die für sie negative Entwicklung der Austauschrelationen im Handel. Eine wesentliche Ursache hierfür ist die Inflation. Die Geldentwertung zerstört nicht nur das innere Gefüge unserer eigenen Gesellschaft und führt den Staat an den Rand des Bankrotts. Sie droht auch die Einordnung unserer Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung zu zerstören. In der Forderung der Dritten Welt nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung artikuliert sich im Grunde ein Verteilungskampf neuer Dimension.

Der Übergang zu einem dirigistischen System internationaler Handelsbeschränkungen würde dazu führen, daß nicht mehr die wirtschaftliche Leistung, sondern Macht und politischer Einfluß den Wohlstand eines Volkes bestimmen. Die Christlich Soziale Union tritt daher für die Fortentwicklung der freien und arbeitsteiligen Weltwirtschaftsordnung ein, die die Chancen aller Staaten im internationalen Wettbewerb verbessert. Die Christlich Soziale Union ist für einen offenen Dialog und eine dauerhafte Partnerschaft mit den Ländern der Dritten Welt.

Die Sicherung der Energie- und Rohstoffgrundlage ist für eine hochtechnisierte und arbeitsteilige Volkswirtschaft lebenswichtig. Dieser Aspekt gewinnt immer mehr Gewicht für die deutsche Außenpolitik. Die Versorgung unserer Volkswirtschaft mit Rohstoffen und Energie kann nur in Zusammenarbeit mit anderen Staaten gesichert werden.

Die Christlich Soziale Union sieht in der Entwicklungspolitik eine Hilfe zur Selbsthilfe, einen Beitrag zum inneren Frieden in den Entwicklungsländern und zum Frieden in der Welt. Leistungen der Entwicklungshilfe sollen dabei im Einklang mit unseren Interessen stehen. Die Christlich Soziale Union tritt ein für eine mit den Mitgliedsstaaten der EG abgestimmte Entwicklungspolitik.

Freiheit und Fortschritt für das eigene Volk gibt es auf Dauer nur, wenn Hunger und Not in der Welt wirksam bekämpft werden und alle Völker an den Entwicklungen der Zukunft teilhaben können. Technische Hilfe und Kapitalhilfe soll den Interessen der Geber- und Nehmerländer gleichermaßen Rechnung tragen. Sie soll die gesteigerte

Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung

Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik

wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der erdöl- und rohstoffproduzierenden Länder berücksichtigen. Die Entwicklungshilfe muß stärker als bisher an dem Ziel der Außen- und Wirtschaftspolitik orientiert werden. Sie darf nicht zu ideologischen Zwecken mißbraucht werden.

Bilanz und Ausblick

Die Christlich-Soziale Union hat vom Tage ihrer Gründung an die Notwendigkeit des Zusammenwirkens von Überzeugungs- und Grundsätzlichen und von der Fähigkeit zu praktischer Politik erkannt und danach gehandelt. So hat die Christlich Soziale Union nicht nur für Bayern, sondern für die deutsche und darüberhinaus für die europäische Politik einen Beitrag geleistet, dessen Wertung nicht erst unserer Geschichte überlassen werden muß. Jedermann in unserem Lande, der die Fähigkeit zum Erkennen der Wirklichkeit nicht verloren hat, weiß um den Erfolg dieser Politik.

Die Christlich Soziale Union hat mit ihrer politischen Kraft entscheidend daran mitgewirkt, aus dem größten Trümmerhaufen aller Zeiten, unter dem Millionen Menschen und vor allem die nachwachsende Jugend ihre Hoffnungen verschüttet sahen, eine neue demokratische Ordnung in Freiheit, Recht, menschlicher Würde und wirtschaftlichem Wohlstand zu schaffen. Auf diesem Wege, den die Christlich Soziale Union unserem Staat oftmals gegen härteste Widerstände mitbereitet hat, ist die Bundesrepublik Deutschland zur ersten Wirtschaftsmacht Europas und zum bestausgebauten Sozialstaat unter allen Industrieländern geworden.

Die Christlich Soziale Union ist entschlossen, das für und mit allen Bürgern gemeinsam Erreichte für die Gegenwart zu erhalten, weiterzuentwickeln und auch für die Zukunft zu sichern. Nach der Überwindung einer 1969 begonnenen Zeit der Unsicherheit und der Gefährdung deutscher Politik wird die Christlich Soziale Union dafür sorgen, daß in unserem Land und für seine Bürger wieder eine Politik den Kurs bestimmen wird, die sich an jenen Grundsätzen ausrichten hat, in denen das Wohl des einzelnen und die Interessen der staatlichen Gemeinschaft bestmöglich in Übereinstimmung gebracht werden können. Für die Christlich Soziale Union bedeutet dies eine Politik nach den Grundsätzen, wie sie in diesem Grundsatzprogramm niedergeschrieben sind.

Herausgeber:
CSU-Landesleitung
Lazarusstraße 33
8000 München 19
Verantwortlich: Florian Harlander
Redaktion: Dr. Theo Weigel, MdB
Druck und Verarbeitung:
Fritz König, Buchdruck-Offsetdruck
Scheffingstraße 44
8000 München 40
1979
